

**Demonstration gegen Junta:
31.1. Köln**

**Terror in Türkei-Kurdistan
Folteropfer klagen Junta an
Zum 79. Geburtstag Nazım Hikmets
Von „Grauen Wölfen“ entführt**

**Wie Kriegsverbrecher
im Straflager**

**TÜRKEI
INFORMATIONEN**

JAN '81

HERAUSGEGEBEN VON DER FÖDERATION DER ARBEITERVEREINE DER TÜRKEI · FIDEF

INITIATIVE
Solidarität mit den Demokraten
der Türkei



gegen Unterdrückung und Folter
in der Türkei

DEMONSTRATION
31. JANUAR 1981 / 12.30 Uhr
KÖLN / EBERTPLATZ

Impressum

Türkei-Informationen — Herausgegeben vom Bundesvorstand der FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik) FIDEF — Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: C. Demirok, Redaktionsanschrift: Türkei Informationen, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/664284.

Türkei-Informationen erscheinen monatlich. Ein Jahresabonnement kostet 36 DM inkl. Porto.

Satz u. Druck: Dhyana, Ffm.

In diesem Heft

Leserbriefe 4

Standpunkt

Türkei: Keine Menschenrechtsverletzungen? 5

Türkei

„Es gibt keine Folter in der Türkei!“ 6

ai: Mehrere Tote durch Folter 8

Foltertote unter Demirel 8

Eren: Vierte Hinrichtung 9

20 Jahre Haft für linken Verleger 9

Wie Kriegsverbrecher im Straflager 10

Bericht aus dem Militärgefängnis Mamak 11

Terror in Türkei-Kurdistan 13

Mammut-Prozeß gegen DISK 14

Verbotene DISK-Gewerkschaften 15

ILO-Bestimmungen eindeutig verletzt 16

Türk-Is-Vorsitzender: Brief an den IBFG 17

Kluncker: Gewerkschaftliche Rechte aufgehoben 18

„Sanierungsprogramm“: Trotz Junta gescheitert 19

Bundesrepublik

Initiative: Konferenz in Bonn 21

Kesim: Mahnung an alle Demokraten 22

Woche gegen die Ausländerfeindlichkeit 24

Von Grauen Wölfen entführt 26

Deutsch lernen — aber wie 27

FIDEF für Initiative gegen den Atomtod 29

Kultur

Zum 79. Geburtstag Nazim Hikmets 30

Ausstellungen 31

Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Über 100 türkische Jugendliche aus Witten und Umgebung besuchen zur Zeit die Berufsschule, um einen anerkannten Beruf zu erlernen.

Die türkischen Jugendlichen besuchen jetzt die von der Schulleitung eingerichteten sogenannten nationalen Klassen für ein oder zwei Jahre. Dieses Schuljahr nennt man auch Berufsvorbereitungsjahr.

In der Berufsschule sind die Türkenklassen überfüllt.

In der Berufsschule weiß man nicht, nach welchen Kriterien man die Klassen bilden soll. In den Klassen sitzen die Schüler mit unterschiedlicher Schulausbildung. Obwohl die meisten Schüler eine Grundschulausbildung in der Türkei haben, gibt es auch Schüler, die Mittelschule, Gymnasium oder Gewerbeschule in der Türkei besucht haben.

Da sie die deutsche Sprache nicht gut beherrschen, sind sie in der Schule isoliert. Sie haben gar keine Kontakte mit deutschen Schülern. Viele der türkischen Jugendlichen haben den Wunsch, die deutsche Sprache gut zu beherrschen, um sich mit ihren Deutschlehrern und deutschen Schülern zu verständigen, obwohl von seiten der deutschen Schüler und Lehrer häufig abweisendes Verhalten gezeigt wird.

Es herrscht bei den deutschen Schülern die Meinung, daß die türkischen Jugendlichen später ihren Ausbildungs- und Arbeitsplatz wegnehmen werden. Während der Unterrichtspause sammeln sich die türkischen Schüler in einer Ecke oder sitzen gemeinsam auf der Treppe.

Die gleiche Schwierigkeit haben die türkischen Schüler im Schulsekretariat, um ihre Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen. Das Sekretariat zeigt nicht so viel Geduld, um den Kindern behilflich zu sein. Daher sind die türkischen Jugendlichen auf türkische Lehrer angewiesen.

Man sieht in der Schule ganz deutlich, daß die türkischen Jugendlichen sich nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren können, wenn die Integrations-schwierigkeiten in der Schule nicht zuerst beseitigt werden.

4400 Münster

Sadi Ücuncü

Anlässlich des Jahreswechsels möchte ich Euch für Eure hervorragende Arbeit im letzten Jahr gratulieren, von der ich in meiner Arbeit sehr oft profitieren konnte. Es gibt meiner Meinung nach keine Zeitschrift, die so umfassend, detailliert und parteiisch sowohl über die Situation der Türkei als auch der Arbeits- und Lebensbedingungen der Kollegen aus der Türkei in der Bundesrepublik berichtet. Ich glaube, daß Ihr einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung zwischen deutschen und den Kollegen aus der Türkei leistet, denn oft ist es die Unwissenheit über die Probleme der ausländischen Kollegen, die Berührungsgänge erzeugen – was von den bürgerlichen Massenmedien mehr als gefördert wird. Ihr seid ein Gegenpol dazu. Gerade in meiner journalistischen Arbeit weiß ich das zu schätzen. Es wäre jedoch sehr wichtig, wenn man Eure Zeitschrift auch in Westberlin käuflich erwerben könnte. Denn hier ist Eure Arbeit noch viel zu wenig bekannt.

1000 West-Berlin

Ayse Sümer

Seit Beginn des Wintersemesters 1980/81 läuft an der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Köln ein Projekt zur Situation ausländischer Kinder in der BRD, das aus einer Informationsveranstaltung der GEW-Studentengruppe Köln entstanden ist. Als Arbeitsschwerpunkt haben wir uns zwar speziell die Situation der Ausländer in Köln-Nippes gewählt, jedoch sind wir auch an Informationen interessiert, die über Nippes hinausgehen.

Als Zielsetzung von amtlichen Maßnahmen wird zwar immer wieder das Ziel einer Integration genannt, ohne daß jedoch deutlich gemacht wird, was darunter zu verstehen ist. Hier stellt sich für uns die Frage, was Ihr als Betroffene unter Integration versteht, bzw. was für Euch die wesentlichen Zielsetzungen des Unterrichts für Eure Kinder in der deutschen Schule sind? Hier wäre auch die Frage zu stellen, was Ihr von einem „Bussing-System“ haltet, bei dem ausländische Schüler per Schulbus von Schulen ihres Wohnbezirks auf Schulen anderer Stadtteile verteilt werden?

Weitere Fragen tauchen für uns auf bei der Beschäftigung türkischer Lehrer. Uns fehlen hier Informationen darüber, wie die Anstellungsverträge geregelt sind, wer darüber entscheidet, wer hier als Lehrer eingestellt wird, welche Einflußmöglichkeiten hat die türkische Regierung (Junta)? Hierzu auch die Frage, was Ihr zu diesem Fragenkomplex für Forderungen und Vorstellungen habt?

5000 Köln

Uli Oligmüller

Im Rahmen dieser Freundschaftswoche haben wir an einer Veranstaltung im DGB-Haus in Stuttgart teilgenommen. Wir waren beeindruckt von der ausgezeichneten Organisation und dem hohen Niveau des Kulturprogramms. Umso mehr haben wir es bedauert, daß verhältnismäßig wenig deutsche Kollegen anwesend waren. Wir meinen, daß ein wichtiger Grund hierfür die unzureichende Information war. Eine allgemeine Ankündigung hätte mindestens in der Novemberausgabe der TR-Informationen erfolgen müssen. Als problematisch hat sich auch der Termin zwischen Weihnachten und Neujahr erwiesen. Diese Zeit nutzen bekanntlich viele Deutsche für private Unternehmungen.

Wäre es Euch nicht möglich, die TR-Informationen in der Weise auszuliefern bzw. zuzusenden, daß die einzelnen Hefte jeweils am Monatsanfang schon zur Verteilung kommen; es ist schwierig, z.B. die November-Ausgabe erst Mitte Dezember verkaufen zu können.

Ihr bittet wiederholt um Berichte von Aktivitäten. Dieser Aufforderung könnte unserer Meinung nach durch eine entsprechende Rubrik (z.B. „Aktion“) Nachdruck verliehen werden. Einerseits können diese Erfahrungsberichte aus der konkreten Arbeit dem Leser, der selbst etwas tun möchte, viele Anregungen bieten. Darüber hinaus kann solch eine Sparte zu einem Forum für koordinierte zukünftige Zusammenarbeit werden. Hier sollen auch geplante Veranstaltungen angekündigt werden („Terminkalender“).

M. und S. Pionke
B. Rockenbauch
O. Ihl

C. Möbus
R. Jost
R. Caglar

Türkei: Keine Menschenrechtsverletzungen?

Die Militärdiktatur in der Türkei setzt die Folterpraxis fort. Das erschreckende Ausmaß der Folterungen kann man daran ermessen, daß seit der Machtübernahme der Generäle bis Mitte Januar 1981 die Zahl der namentlich bekannten Todesopfer auf 11 gestiegen ist. Bezeichnend ist es, daß die beiden letzten Toten, Ali Inan (Istanbul) und Ercan Koca (Ankara) erst 17 Jahre alt gewesen sind. Die Behörden konnten nicht einmal behaupten, daß Inan und Koca mit irgendwelchen Terrororganisationen zu tun gehabt hätten.

Demokraten der Türkei: Kein Anspruch auf Menschenrechte?

Innerhalb von vier Monaten 11 namentlich bekannte Todesopfer aufgrund von Folter! Diese Zahl muß man sich durch den Kopf gehen lassen. Ihre Namen entnahmen wir der türkischen Presse, die durch die ausdrücklich verhängte Zensur gleichgeschaltet worden ist. Mit anderen Worten: Das sind die Namen, deren Veröffentlichung von der Junta erlaubt worden ist, bzw. erlaubt werden mußte.

Schon die Tatsache, daß alle bekannt gewordenen Foltermorde in den Großstädten stattgefunden haben, deutet darauf hin, daß diese Liste nicht vollständig sein kann. Es ist bekannt, daß in Türkei-Kurdistan und in vielen kleineren Zentren Anatoliens ebenso massiv und brutal gefoltert wird, wie in Ankara und Istanbul. Doch die Betroffenen haben dort nicht die Möglichkeit, die Öffentlichkeit zu erreichen. Die Angehörigen der Folteropfer müßten über hunderte von Kilometern nach Ankara oder Istanbul reisen, dort mit demokratischen Kreisen (die sich jetzt verbergen müssen) Kontakt aufnehmen, um auf diese Weise eine zunächst mündliche Verbreitung der Todesnachricht zu erreichen. Erst wenn auf diese

Weise die Nachrichtensperre der Junta durchbrochen ist, sieht sie sich gezwungen, die Veröffentlichung eines entsprechenden Berichts in der Presse zuzulassen. Außerhalb der Großstädte funktioniert dieser Mechanismus nicht, da dort auch die persönlichen Beziehungen sehr viel effektiver kontrolliert werden können und die Zentren aller wichtigen Massenmedien sich entweder in Istanbul oder in Ankara befinden.

Tod durch Folter als „Betriebsunfall“

Wenn es gilt, aus der Zahl der namentlich bekannt gewordenen Todesfälle unter Folter Rückschlüsse auf das Ausmaß der Folterpraxis zu ziehen, muß man ferner bedenken, daß in den meisten Fällen die Folterer den Tod des Häftlings nicht beabsichtigen. Der Gefangene soll vielmehr zur Preisgabe von Informationen politischer oder organisatorischer Art, zur Annahme fabrizierter Beschuldigungen gezwungen oder aber lediglich physisch und psychisch gebrochen und so als politisch aktiver Mensch ausgeschaltet werden. Daher erscheint der Tod unter Folter, der für die Opfer oft eine Erlösung aus seinen entsetzlichen Qualen bedeutet, aus der Sicht der „Sicherheitskräfte“ eher als ein „Betriebsunfall“. Stellt man auch diesen Umstand in Rechnung, so kann man eine gewisse Vorstellung über die Größenordnungen der Folterungen gewinnen. Zum Vergleich: Während des Obristen-Regimes in Griechenland, das sieben Jahre dauerte,

und dessen Folterpraxis inzwischen ausgiebig dokumentiert worden ist, war unseres Wissens kein einziger Fall von Tod unter Folter bekannt geworden. Das gleiche gilt für das letzte Jahrzehnt des Franco-Regimes in Spanien. Mit anderen Worten: die namentlich bekannt gewordenen 11 Foltermorde bedeuten tausende, ja zehntausende von Gefolterten.

Junta-Generalität; Franco und „Obristen“

Wie sieht nun die Haltung derjenigen aus, die sich sonst so bereitwillig auf die Menschenrechte berufen? Wo sind die Politiker, die die Boykottierung der Moskauer Olympiade forderten, weil Sacharow nicht mehr in Moskau wohnen durfte? Wo sind die Fernsehredakteure, die jenem Schriftsteller in der CSSR, dem sein Mietvertrag für die Zweitwohnung gekündigt wurde, halbstündige Fernsehprogramme widmeten? Wo bleibt die Presse, die sonst auf der ersten Seite darüber berichtet, daß Frau Sacharow auf ihrer Rückreise aus Italien im Moskauer Flughafen eine Stunde lang beim Zoll warten mußte?

Handelt es sich bei denjenigen in der Türkei, die gleich Dutzendweise zu Tode gequält werden, nicht um Menschen? Haben die Demokraten der Türkei keinen Anspruch auf Menschenrechte? Oder liegt es vielleicht daran, daß es sich hier um Linke handelt und die Verantwortlichen die eigenen Verbündeten sind? Nicht einmal die Tatsache, daß dieses Unrechtregime, von der eigenen Regierung finanziert, dessen Polizei mit Ausrüstungs- und Ausbildungshilfen unterstützt wird, scheint auf die sonst so empfindlichen Menschenrechtsritter einen Eindruck zu machen. Ihr Schweigen zu den Vorgängen in der Türkei kann nur als Zustimmung gedeutet werden und offenbart über sie mehr als es hunderte von Seiten bedruckten Papiers tun könnten.

Wir wenden uns an die aufrichtigen Demokraten in diesem Lande, für die die Menschenrechte mehr als eine bloße Propagandamasche sind: Die Militärdiktatur in unserer Heimat wird von der Bundesregierung in jeder Hinsicht unterstützt – finanziell, politisch und militärisch. Erst vor wenigen Tagen – am 15. Januar – ist der stellvertretende Ministerpräsident der Junta, Turgut 5

Özal, nach Bonn gekommen, um über neue Milliardenkredite zu verhandeln. Der Bundesfinanzminister H. Matthöfer unterstützt die Kreditwünsche der Generale. Er beruft sich dabei auf die angeblichen Erfolge gegen den Terrorismus, die die Junta errungen hätte.

Abgeordnete, Gewerkschaftler, Bürgermeister: Terroristen der Junta —

Abgesehen davon, daß die gefährlichsten Terroristen, die MHP-Führer, noch immer nicht vor Gericht gestellt worden sind und zahlreiche MHP-Anhänger wichtige Positionen in der Armee und im Staatsapparat besetzt halten, muß man die Bundesregierung und die Vertreter der Militärdiktatur fragen:

War der Rechtsanwalt Ahmet Hilmi Feyzioglu, der in Bursa zu Tode gefoltert wurde, ein Terrorist?

War der Verleger Ilhan Erdost, der in Ankara zu Tode gefoltert wurde, ein Terrorist?

War Sadan Gazeteci, der in Izmit unter der Bastonade starb, ein Terrorist?

Ist Mehdi Zana, der kurdische Oberbürgermeister von Diyarbakir, der gegenwärtig schlimmsten Folterungen ausgesetzt ist, ein Terrorist?

Können Sie behaupten, daß Fevzi Kavuk, der Vorsitzende des Bauernverbandes von Marmara (Marmara Köy-Der), der in Bursa gefoltert wird, ein Terrorist ist?

Können Sie behaupten, daß Ahmet Isvan, der langjährige Oberbürgermeister von Istanbul, ein Terrorist ist?

Ist Serafettin Elci, der kurdische Abgeordnete und ehemalige Minister in der Ecevit-Regierung, ein Terrorist?

Wenn die Generale ihre ständig wiederholten Versprechen, „möglichst bald zur Demokratie zurück zu kehren“, ernst meinen, müssen sie als erstes die Folterungen stoppen, die verhafteten Demokraten freilassen, die verbotenen Gewerkschaften, demokratischen Parteien und Organisationen wieder zulassen. Doch die tatsächliche Entwicklung weist in die entgegengesetzte Richtung.

Ein Regime, das unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung tausende von Bürgern foltern läßt, verwirkt das Recht, im Namen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufzutreten.

TÜRKEI
Informationen

Türkei



Jeder Festgenommene, der beim 1. Kommissariat des Polizeipräsidiums von Istanbul der Folter unterworfen wird, muß eine Reihe von Foltermethoden über sich ergehen lassen. Diese geht wie folgt vorstatten:

Die oberen Etagen eines Gebäudes in Gayrettepe sind für das 1. Kommissariat und damit für die Folterungen reserviert. Jeder neu eingetroffene Gefangene wird zuerst in die Zellen im 5. oder 6. Stock eingesperrt. Diese haben unterschiedliche Größen, nämlich jeweils für eine bis acht Personen. Die Festgenommenen werden in der Regel zwei Tage in dieser Zelle festgehalten. Die in einer Einzelzelle gehaltenen Gefangenen haben keine Möglichkeit, zu sitzen oder gar zu schlafen. Zumeist bekommen sie längere Zeit nichts zu essen. Zeugen sprechen von Gefangenen, die 82 Stunden nichts zu essen und zu trinken bekamen.

Polizeipräsidium Istanbul: „Verfeinerte“ Foltermethoden

Wenn der Name eines Festgenommenen aufgerufen wird, so muß dieser laut seine Zellen-Nummer sagen, ansonsten wird er vor der versammelten Mannschaft geschlagen. Danach wird

der Gefangene aufgefordert, seine Schuhe auszuziehen und mit einer Augenbinde (ausländischen Fabrikats) die Augen zu verbinden. Mit Hilfe eines Polizisten wird er dann in ein Zimmer gebracht, wo er sich splitternackt ausziehen muß. Dieser Vorgang wird im Polizei-Jargon als „zivil werden“ bezeichnet.

Nackt wird der Gefangene in die Folterkammer abgeführt, in der formalitätshalber die erste Vernehmung stattfindet. Gleichgültig, ob er etwas aussagt oder nicht, kann der Gefangene sich einer Bastonade nicht entziehen. Vor der Bastonade wird der Häftling durch zwei alte Autoreifen (jeweils einer um die Knie und der andere um die Taille) gesteckt und mit einem Hieb niedergeschlagen.

Durch den Autoreifen bleiben die Füße über dem Boden. Jetzt beginnt die Bastonade mit einem elektrischen Knüttel, der gleichzeitig Stromschläge erteilt. Dabei wechseln sich die Polizisten ständig ab, damit sie nicht ermüden. Diese Folter wird solange fortgeführt, bis die Füße aufplatzen. Selbst wenn der Gefangene vor lauter Schmerzen bereit ist, eine Aussage zu machen, wird er weitergeschlagen. Dabei treten die Polizisten mit Schuhen gegen den Kopf und die Brust. Manchmal wird sogar dem Gefangenen ein in Urin getauchtes Tuch in den Mund gestopft.

Stellvertr. Ministerpräsident Özal am 15. Januar in Bonn:

„Es gibt keine Folter in der Türkei!“

Später werden die Gefangenen mit den aufgeplatzten Füßen in einen Raum geführt, in dem sich eine Handspanne tief Wasser befindet. Auch hier wird er niedergeschlagen und aufgefordert, sofort aufzustehen und im Wasser zu laufen, damit ihm die Füße nicht anschwellen und so die Folterspuren nicht erkennbar sind. Gefangene, die bis dahin nicht eingeschüchtert sind, werden mit den Worten wie: „Warte nur ab, dies war bis jetzt nur das grobe, das feine fängt erst an“ bedroht.

Augenzeugen berichten

Ein junger Gefangener wurde nach der Bastonade der Folterung mit elektrischem Strom unterworfen. Seine Freundin hatte ebenfalls die Bastonade hinter sich und lief gerade im Wasser. Sie versuchte die Folterung ihres Freundes zu verhindern und erklärte, er sei herzkrank, woraufhin ihr von den Polizisten befohlen wurde, den Schieber des Stromgenerators zu bedienen. Als sie sich weigerte, wurde sie schwer niedergeschlagen und mißhandelt.

„Selbstmord“ durch Sturz aus 5. Stockwerk

Ein Jugendlicher, der selbst nach der Folter mit elektrischem Strom nicht die gewünschte Aussage zu Protokoll gab, wurde bedroht. Es wurde zu ihm gesagt: „Jetzt bleibt nichts mehr anderes übrig, als dich zu töten.“ Er wurde auf einen Tisch am Fenster gestellt. Seine Augen waren zwar verbunden, jedoch konnte er das Öffnen des Fensters hören und den frischen Wind spüren. Die Polizisten sagten ihm: „Jetzt werfen wir dich aus dem 6. Stock und werden berichten, du hättest Selbstmord begangen.“ Danach stießen sie ihn von dem einen Meter hohen Tisch hinunter, wobei er in Ohnmacht fiel.

Als er wieder zu sich kam, sagten ihm die Polizisten: „Du bist hängen geblieben. Jetzt aber werden wir dich mit einem Schwung stoßen.“ Er wurde wieder auf den Tisch gestellt; wieder ging das Fenster auf. In dem Moment war er bereit, alles auf sich zu nehmen, was ihm angelastet wurde. Daß es sich bei dieser Prozedur nicht um leere Drohungen handelt, zeigen die vier Fälle, in denen die Gefangenen nach der Folterung wirklich aus dem 5. Stock der Polizeipräsidien in Bursa und in Izmir aus dem Fenster gestürzt wurden.

In die Vagina eines Mädchens wurde ein Reagenzglas eingeführt. Man drohte, das Glas zu zerbrechen. Das Mädchen weigerte sich, die Aussage zu unterschreiben. Daraufhin wurde das Glas zerbrochen. Später mußten die Glassplitter durch eine schwierige Operation entfernt werden.

Ein anderer Gefangener wurde nackt in eine Telle eingesperrt, in die zwei kleine Schlangen geworfen wurden. Er mußte sich dreieinhalb Tage lang in dieser Zelle mit den Schlangen aufhalten. Er wird zur Zeit in einer Nervenklinik behandelt.

Während der Folterungen reden sich die Polizisten ständig mit ‚Herr Oberst‘, ‚Herr Hauptmann‘ und ‚Herr Major‘ an. Sie laufen schnellstens fort, falls die Augenbinde während der Folter aufgeht. Als einem der Gefangenen die Augenbinde aufging, folterten sie ihn stundenlang und fragten ihn ständig aus: „Sag’s, konntest du unsere Gesichter sehen?“. Obwohl er mehrmals erklärte, er habe nichts gesehen, wurde er weiter gefoltert. Nach längerer Zeit zog er es vor, zu erklären, er habe sie gesehen. Er mußte einige ihm vorgelegte Fotos identifizieren, was er natürlich nicht konnte, weil er tatsächlich nichts gesehen hatte. Schwere Folterungen hat er aber trotzdem über sich ergehen lassen müssen. ■

Junta-Schergen im Einsatz

Zwei erst kürzlich bekanntgewordene Fälle belegen erneut, daß die Folterknechte der Junta nicht einmal Jugendliche unter 18 Jahren schonen.

Ali Inan

Der 17jährige Gymnasiast Ali Inan wurde am 27. September 1980, am 17. Tag seiner Festnahme vom 1. Kommissariat des Polizeipräsidiums in Istanbul, wo er vernommen wurde, ins Krankenhaus eingeliefert. Er starb dort aufgrund einer Gehirnblutung. In einem Schreiben an die Kriegsrechtskommandatur forderte der Vater Bekir Inan die Bestrafung der Mörder seines Sohnes.

Ercan Koca

Ercan Koca, (17), wurde am 13. Dezember 1980 in einem Vorort von Ankara festgenommen, als er aus Protest gegen die Hinrichtung des Jugendlichen Erdal Eren plakatierte. Er wurde noch am Tag seiner Verhaftung ins Militärkrankenhaus Gülhane gebracht. Ein Tag später erlag er dort einer Gehirnhautblutung. Der Vater und die Mutter von Ercan Koca wurden von den Militärbehörden eine zeitlang festgehalten, da sie die Bestrafung der Täter gefordert haben.

Türkei: Mehrere Tote durch Folter

Wortlaut einer Stellungnahme
von amnesty international vom
27.11.1980:

Gesicherten Informationen zufolge, die amnesty international (ai) in den vergangenen Wochen zugegangen sind, ist es in der Türkei auch nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 weiterhin zu Folterungen an politischen Häftlingen gekommen. Mindestens acht Menschen sind in den letzten beiden Monaten in der Haft zu Tode gekommen. In vier der acht belegten Todesfälle liegen detaillierte Informationen darüber vor, daß der Tod durch Folter verursacht worden ist. In zwei weiteren Fällen hat es Mordanklagen gegen die beteiligten Polizisten gegeben. Dennoch geht ai davon aus, daß die Folterung von Häftlingen fortgesetzt wird.

Ahmet Feyzioglu, Gewerkschaftsanwalt, soll offiziellen Angaben zufolge aus einem Fenster im 5. Stockwerk des Polizeihauptquartiers in Bursa gesprungen sein. Dagegen haben Autopsiebefunde eines von der Regierung beauftragten Arztes an der Leiche des Anwalts eindeutig Folterspuren festgestellt, die zum Tode geführt haben. ai hat an den türkischen Justizminister Cevdet Mentec appelliert, eine zweite Autopsie unter Beteiligung eines ai-Vertreters durchzuführen. Das Gesuch ist bislang nicht beantwortet worden. Zwei weitere Häftlinge sollen aus dem gleichen Fenster des Polizeihauptquartiers gesprungen sein. Einer von ihnen, Rafet Demir, ist

Berichten zufolge gestorben.

Der linksgerichtete Verleger Ilhan Erdost war in Ankara gemeinsam mit seinem Bruder, ebenfalls Verleger, verhaftet und in das Militärgefängnis eingeliefert worden. Im Gefängnis sind sie Informationen zufolge, die ai zugegangen sind, in ein Lieferwagen gezerrt und von vier Soldaten und einem Unteroffizier mit Gewehrkolben geschlagen und getreten worden. Ilhan Erdost erlag seinen dabei erlittenen Verletzungen noch am gleichen Abend. Sein Bruder wurde drei Tage später freigelassen.

Ahmet Karlangac und Saadettin Guven, Mitglieder linksgerichteter Gruppen, sind im Oktober in der Haft zu Tode gekommen. Ein amnesty international zugegangener Bericht erwähnt, daß die Körper der Toten unmißverständliche Zeichen von Folterungen aufwiesen.

Die neuen türkischen Behörden haben die Zeit, in der eine Person nach ihrer Verhaftung angeklagt oder freigelassen werden muß, auf 90 Tage ausgedehnt. In allen Fällen, die ai bekannt geworden sind, war es keinem des Inhaftierten erlaubt, in dieser Zeit Kontakt zur Familie oder zu einem Anwalt aufzunehmen.

Bereits im September hatte ai an das türkische Staatsoberhaupt General Kenan Evren appelliert, Folttervorwürfen nachzugehen, Folterer strafrechtlich zu verfolgen und die Folteropfer zu entschädigen.

Nach den Hinrichtungen von zwei Personen am 8. Oktober, dem MHP-Anhänger Mustafa Pehlivanoglu, der bei einem Cafe-Überfall fünf Menschen erschossen hatte und dem „links“-radikalen Necdet Adali, der ebenfalls ein Cafe überfallen und zwei Personen erschossen hatte, wurde am 26. Oktober in Adana Serdar Soyergin hingerichtet, der wenige Tage zuvor von dem Militärgericht innerhalb von drei Stunden zum Tode verurteilt worden war.

Im Dezember wurde die Öffentlichkeit mit einer weiteren kaltblütigen Hinrichtung schockiert: Das Opfer diesmal der erst 17-jährige Erdal Eren, der den „linken“ Kreisen zugerechnet wird.

Erdal Eren wurde beschuldigt, bei einer spontanen Demonstration am 2. Februar 1980 in Hosdere/Ankara den Soldaten Zekeriya Öngen ermordet zu haben. Gegen den Prozeß und den Antrag auf die Todesstrafe von der Staatsanwaltschaft hatten sich zahlreiche Organisationen und Persönlichkeiten in ganz Europa gewandt – z.B. auch Willy Brandt und Helmut Gollwitzer.

Da keinerlei Beweise vorlagen, wurde die Verurteilung des noch unmündigen Angeklagten zunächst hinausgezögert, dann aber doch die Todesstrafe verkündet. Die 3. Kammer des obersten Militärgerichtshofes hat das Urteil in 2. Instanz – das ist in der Türkei die höchste Instanz – allerdings aufgehoben. Daraufhin wurde erneut ein Prozeß in erster Instanz erforderlich: Wiederum wurde hier das Todesurteil gegen Eren ausgesprochen, erneut hob die 3. Kammer des Militärgerichtshofes

Foltertote unter Demirel

Trotz der massiven Propagandaanstrengungen der Junta und der abwiegelnden Erklärungen ihrer Befürworter im Ausland wächst das Unbehagen über die Militärdiktatur in der Türkei. Die Anzahl derjenigen, die sich nicht mit den Lippenbekenntnissen zu Menschenrechten und Demokratie zufrieden geben wollen, nimmt zu. Die Delegationen die unser Land besuchen, um sich einen eigenen Eindruck zu verschaffen, sprechen nicht nur mit offiziellen Vertretern des Regimes, sondern auch mit Politikern, die vor dem Putsch tonangebend waren.

Das ist zweifellos zu begrüßen, denn jeder derartige Besuch demonstriert

Schuld nicht erwiesen:

Vierte Hinrichtung



Eren, 18 Jahre: von der Junta hingerichtet. dieses Urteil wieder auf, da die Beweismittel nicht ausreichten.

Daß das Urteil dennoch am 13. 12. 80 vollstreckt wurde, liegt an der Entscheidung der Generalversammlung des obersten Gerichtshofes – in dieser Versammlung sind alle Kammern des Hofes vertreten.

die Tatsache, daß man den Erklärungen der Junta nicht so recht traut. Der Umstand jedoch, daß manche der Besucher den gestürzten Ministerpräsidenten S. Demirel als einen Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit ansehen und seine Ansichten über die Respektierung der Menschenrechte in der Türkei unbesehen übernehmen könnten, veranlaßt uns zu einer Klarstellung.

S. Demirel kann nicht als Fürsprecher der Menschenrechte zitiert werden. Denn schon während seiner letzten Regierungszeit von November 1979 bis September 1980 wurde die Folterung zu einem regulären Teil der polizeilichen Vernehmung gemacht. Selbst Finanzminister Matthöfer hatte in seiner Rede vor dem Bundestag am 19.6.80 diese Praxis der türkischen „Sicherheitsorgane“ bedauert. Um die Tatsache zu dokumentieren, drucken wir unten eine Liste all der Folteropfer ab, die in der Regierungszeit von S. Demirel unter Folter ermordet worden sind.

Wie der Verlauf dieser Verurteilung überdeutlich zeigt, ging es bei der Hinrichtung Erens ausschließlich darum, die Zahl der „Erfolgsmeldungen“ der Militär-Junta im „Kampf gegen den Terrorismus“ zu erhöhen – mit dieser Losung haben die Generäle ihren Putsch ja gerechtfertigt; diesmal mußte ein Minderjähriger für diesen „Erfolg“ mit dem Leben zahlen, obwohl in seinem Fall selbst die ansonsten willfähige Gerichtsbarkeit in Beweisnot geraten war.

Ziel der Hinrichtungen ist aber tatsächlich die Einschüchterung der demokratischen Bewegung in der Türkei, alle kritischen Stimmen schon im Keim zu ersticken.

Die Zahl der ausgesprochenen Todesurteile beträgt inzwischen 62 (Hürriyet vom 14.12.80); ein Gesetzentwurf des Justizministeriums, wie er kürzlich bei dem Nationalen Sicherheitsrat eingereicht wurde, würde eine erhebliche Ausweitung der Zahl von Todesstrafen ermöglichen (Günaydin vom 8.1.81).

Es steht zu befürchten, daß all diese Urteile vollstreckt werden, wenn es nicht durch verstärkte Aktivitäten gelingt, den Terrorakten der Militär-Junta Einhalt zu gebieten.

● Am 25. Dezember 1979 wurde der 21jährige Hüseyin Karakas im Polizeizentrum von Anafartalar in Ankara gefoltert, bis ihm Blut aus dem Mund lief. Er starb in dem Krankenhaus, in das er später eingeliefert wurde. Vor seinem Tod sagte er einem Bekannten, „Benachrichtige bitte meine Eltern, die Polizisten wollen mich umbringen“.

● Am 9. Januar 1980 starb Oruc Korkmaz im Polizeizentrum in Kars, wo er sich in Untersuchungshaft befand, in Folge einer Gehirnblutung.

● Am 2. März 1980 berichtete die Tageszeitung „Demokrat“, daß der Postbeamte Remzi Yalvac aus Diyarbakir während des Verhörs getötet wurde.

● Am 21. März 1980 berichtete Demokrat von dem 20jährigen Studenten Recai Unal, der nach dem Verhör schwerverletzt vor seiner Haustür abgesetzt wurde. Er starb kurz danach im Krankenhaus.

● Am 30. April 1980 meldete Demokrat, daß Aslan Badem in dem Polizei-

19 MHP-Funktionäre freigelassen

20 Jahre Haft für linken Verleger

Am 9. Januar wurde in Istanbul der ehemalige Verleger und Herausgeber der Zeitung „Kitle“ Erdogan von einem Militärgericht zu 20 Jahren Haft verurteilt. Obwohl Einzelheiten der gegen ihn gerichteten Klage nicht mitgeteilt wurden, sind während des Prozesses Presseberichte lanciert worden, nach denen ihm Beteiligung an einem bewaffneten Raubüberfall vorgeworfen wurden. Das von Erdogan herausgegebene und der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) nahestehende Blatt hatte vor dem Verbot durch die Militärjunta eine Auflage von noch nicht einmal 2000 Exemplaren.

Am gleichen Tage wurden in Ankara 19 hohe Funktionäre der neofaschistischen „Partei der nationalistischen Bewegung“, MHP, freigelassen, die unter dem Verdacht standen, zu rechtsextremistischen Terrorgruppen Kontakte unterhalten zu haben. Die Zahl der noch inhaftierten MHP-Funktionäre hat sich damit auf 17 reduziert, die angeblich in Haft bleiben sollen, bis die Untersuchungen der gegen sie erhobenen Beschuldigungen abgeschlossen sind.

präsidium in Urfa in Folge von Folterungen starb.

● Am 14. April 1980 schrieb Mesut Estik einen Brief an die Staatsanwaltschaft, daß sein Sohn Recep Estik, zuerst bei der Kriegerrechtskommandantur und später im Polizeirevier von Kücükköy zu Tode gefoltert wurde.

● Am 18. April 1980 starb Yasar Güdöğdu, Gewerkschaftsvertreter des TEK (Elektrizitätswerke)-Betriebes in Ankara, während des polizeilichen Verhörs durch Folter.

● Am 5. Mai 1980 wurde Osman Mehmet Onsoy, Absolvent der Volkswirtschafts-Fakultät, in Untersuchungshaft genommen. Er starb am 22. Mai nach Folter im Militärkrankenhaus.

● Am 6. Juni 1980 starb Mehmet Kılıçgavur während der Folterung im Polizeipräsidium von Karaman.

● Am 14. Juni 1980 wurde in Malatya M. Ali Karasoy in Untersuchungshaft genommen und im Polizeipräsidium zu Tode gefoltert.



Wie Kriegsverbrecher im Straflager

Eine fünfteilige Reportage aus der Militärstrafanstalt Mamak bei Ankara, veröffentlicht Anfang Dezember in der Tageszeitung Milliyet, wirft ein bezeichnendes Licht auf die unmenschlichen Praktiken der Militärdiktatur. Die Junta versprach sich von der von ihr abgesetzten Veröffentlichung erschreckender Einzelheiten aus Mamak offensichtlich einen Abschreckungseffekt auf die demokratischen Kräfte, die zum Widerstand entschlossen sind. Die wenigen Fakten, die der Milliyet-Reporter Emin Cölasan unter Aufsicht der Junta-Offiziere zusammentragen und teilweise nur verschlüsselt wiedergeben konnte, belegen eindeutig: Die Militärdiktatur in der Türkei behandelt die politischen Gefangenen wie Kriegsverbrecher in Konzentrationslagern.

An einer Stelle erklärt Cölasan mit aller Vorsicht: „Ich konnte natürlich nicht alles schreiben, vor allem nicht die Sachen, die ich nicht sehen, nicht beobachten konnte.“ Trotzdem ist die Serie zu einem Dokument der Anklage gegen die Junta geworden, in der die bereits mehrfach nachgewiesenen Menschenrechtsverletzungen nunmehr offiziell zugegeben werden. Das Bemerkenswerte an dieser Serie ist auch nicht allein die Aufzählung von eklatanten Verstößen gegen die Menschenrechte und internationale Konventionen, sondern vor allem die Unverfrorenheit, mit der sie zugegeben und mit Fotos belegt werden.

So werden die Inhaftierten vom ersten Augenblick an als „gefangene Soldaten“ behandelt. Zur Zerschlagung des

Widerstandes und zur Vernichtung der persönlichen Abwehr werden sie unter dem Deckmantel der „strengen Rekrutenausbildung“ äußerst brutalen Mißhandlungen unterworfen. Gleichzeitig setzt der psychische Terror an: Ohne Genehmigung ihrer Bewacher dürfen sie ihren Mund nicht aufmachen, nicht rauchen, nicht schlafen. Alle Bewacher und Soldaten haben sie mit „Herr Kommandant“ anzureden.

Demokratische Oppositionelle werden zu 70-80 Mann in für 20-30 Personen vorgesehenen Gemeinschaftszellen mit einigen wenigen inhaftierten faschistischen Mördern zusammengesperrt, die für ihre totale Überwachung und Bespitzelung sorgen.

Unter dem Etikett „Erziehung zum Atatürkismus“ wird eine militaristische Gehirnwäsche mit primitiven Mitteln vorgenommen. Alle Inhaftierten werden angehalten, ellenlange Texte auswendig zu lernen und auf Kommando gemeinsam aufzusagen. Bei täglichem Hofgang werden sie gezwungen, im Gleichschritt zu laufen und blutrünstige Militärmärsche lauthals schreiend zu singen. Vor und jeder Mahlzeit wird laut und gemeinsam gebetet, (allein diese Tatsache zeigt zur Genüge, was diese Offiziere von kemalistischen Grundsätzen halten). Auf die Häftlinge werden speziell ausgebildete Hunde angesetzt. Die Anstalt ist umgeben von Stacheldrähten und Mauern; vor jedem Zellentrakt sind schwere Maschinengewehre postiert.

Daß die Junta-Offiziere ihre verwerflichen Methoden nur durch unbeschreibliche Gewaltanwendung durch-

setzen können, geben sie selber zu: „Prügel wird in dem Maße überflüssig, wie Disziplin eingehalten wird!“ Die Junta hat offensichtlich größte Angst davor, daß sich der demokratische Widerstand auch in den Gefängnissen fortsetzt. Sie offenbart durch ihre unmenschliche Aggressivität aber auch, wie schwach sie sich eben vor dieser demokratischen Opposition fühlt.

Bei einer ersten Anfrage nach Erscheinen der Mamak-Berichte sagte die Internationale Juristenkommission in Genf eine umgehende Überprüfung der in der Reportage beschriebenen Zustände zu. Diese Praktiken, sollten sie zutreffen, stünden sogar zu internationalen Abkommen über Behandlung der Kriegsgefangenen im eklatanten Widerspruch.

Die lange Liste der durch den Junta-Terror getöteten Demokraten zeigen, daß diese Zustände auf keinen Fall als auf Mamak beschränkt zu betrachten sind. Konkret können die politischen Gefangenen in der Türkei in erster Linie durch das ständige Anprangern und die weitere Isolierung der Junta-Generäle unterstützt werden. So ist auch die verblüffende Offenheit der Folter-Generäle bei der Absegnung der Mamak-Berichte nur durch den Rückhalt zu erklären, den sie in einschlägigen NATO-Kreisen wännen. Den offiziellen Kreisen, allem voran der Bundesregierung, die die Folterpraxis in der Türkei immer noch nicht öffentlich verurteilen und daraus die Konsequenzen ziehen, dürften diese von der Junta selbst freigegebenen Berichte den von ihnen so „ersehten“ letzten Beweis liefern, wie er offizieller gar nicht sein könnte.

Bericht aus dem Militärgefängnis Mamak

„Militärische Haft- und Strafanstalt Mamak. Eine Anstalt, in der sich etwa 3.000 Inhaftierte befinden und die direkt den Streitkräften unterstellt ist ...

Vor allem nach der 12. September-Operation ist die Anstalt derart überfüllt, daß keiner mehr aufgenommen werden kann. Deshalb werden für weitere Inhaftierte neue Blöcke gebaut ... Das Leben unter den Bedingungen einer Strafanstalt spielt sich unter eiergroßen Disziplin ab. Die zuständigen Offiziere erklären, daß sie nur noch von einer Militäreinheit übertroffen werden könnte.“ (Milliyet v. 7.12. 1980)

„Wo man in der Anstalt auch ist, hört man ständig Befehle und gehorsame Antworten. In Gegenwart eines Bediensteten mit höherem Dienstgrad stehen alle Anwesenden stramm wie Klappmesser ...

In den Zellentrakten wird alles auf Kommando durchgeführt. Wenn beispielsweise ein Bediensteter den Gang des Traktes betritt, wird das Kommando ausgegeben: „Achtung!“ Daraufhin stehen alle Inhaftierten auf und stellen sich in ihren Zellen stramm mit dem Rücken zur Zellentür. Alle müssen ohne jegliche Bewegung so stehenbleiben, bis ein weiteres Kommando folgt. Wenn der Bedienstete den Trakt betritt, begegnet er also den Inhaftierten, die mit ihren Rücken zur Tür strammstehen. Nur auf ein weiteres Kommando drehen sie sich um und starren nach oben, während sie die weiteren Befehle oder Aussagen des Bediensteten ver-

nehmen. Solange der Bedienstete nicht gestattet, ist es strikt untersagt, zu sprechen, eine Meinung zu äußern oder auch nur sich zu bewegen ...

Für die Zellentrakte sind in der Regel die Unteroffiziere und Feldwebel verantwortlich. Auch sie werden von Häftlingen mit „Herr Kommandant“ angeredet. Alle Soldaten tragen Gummistöcke ...

Nach Meinung der Zuständigen haben die Inhaftierten das Wesen der nach dem 12. September durchgesetzten Disziplin nunmehr begriffen. Sie hätten eingesehen, daß damit nicht zu spaßen wäre. In dem Maße wäre auch „Verprügeln“ der Gefangenen überflüssig geworden ...

Alle Häftlinge werden gleich nach ihrer Ankunft kahlgeschoren. Da sie sich im Status einfacher Soldaten befinden (!) ist es dementsprechend auch verboten, sich Bart oder Schnurrbart wachsen lassen oder unrasiert herumzulaufen ...

Eines der größten Probleme in der Strafanstalt Mamak ist die Enge der Zellentrakte. In Gemeinschaftszellen für 20-25 Personen schlafen durchschnittlich 70-80 Leute fast aufeinander. Das Raumproblem soll vor allem durch die rapid wachsende Zahl der Inhaftierten nach dem 12. September dieses ernste Ausmaß angenommen haben ...

Es versieht kein Wächter oder ein anderer Bediensteter oder Soldat ständig auf dem selben Platz seinen Dienst.

Sie werden ständig ausgewechselt. Damit wird auch den eventuell entstehenden Freundschaftsgefühlen zu den Häftlingen vorgebeugt, die etwa für Fluchtversuche ausgebeutet werden könnten.

Die Strafanstalt ist mit Mauern, Stacheldraht und Minen umgeben. Unten und auf den Wachtürmen stehen ständig Wachposten bereit. Nachts werden außerdem eine große Anzahl von besonders ausgebildeten Hunden freigelassen, die Fluchtversuche vereiteln sollen. Vor mehreren Blöcken befinden sich zusätzlich schwere Maschinengewehre, die „für Masseneinsatz“ bestimmt sind und vor allem gemeinsame Fluchtversuche verhindern sollen.

Sowohl beim Betreten der Strafanstalt wie auch jedes einzelnen Traktes wird man bis zu den Schuhen nach Waffen untersucht. Die Soldaten führen diese Untersuchungen auch an ihren Vorgesetzten und Kommandanten durch. Selbst Offizieren und Kommandanten ist das Betreten der Trakte mit Waffen strengstens untersagt ...

In der Strafanstalt wird die „Ausbildung“ in Verbindung mit dem wichtigsten Grundsatz „Disziplin“ durchgeführt. Sie besteht aus zwei Hauptkomplexen: Das erste ist die Grundausbildung für Rekruten. Das zweite ist „Erziehung zum Atatürkismus“. Diese zwei Komponenten bilden die Grundlage der neuen Ordnung in der Strafanstalt Mamak. Die Verhafteten und Verurteilten in Mamak werden als einfache Soldaten nach Bestimmungen der



„Nur eine
Militäreinheit
könnte diese
Disziplin
übertreffen“

Verordnung zur inneren Struktur der Streitkräfte behandelt. Mit anderen Worten: Es wird ihnen sofort nach ihrer Inhaftierung zunächst einmal das „In-Reih-und-Glied-Stehen“ beigebracht. Sobald der Häftling sein Zellen-trakt betritt, setzt die Ausbildung über die Grundsätze dieser Ordnung an, wie man auf die Befehle reagiert: „Achtung! Stramm stehen! Wegtreten! Links um! Rechts um! Kehrt, Marsch!“ und wie man auf die Fragen der Vorgesetzten zu antworten hat. Erste Instruktionen erteilt der Traktälteste. Während der Belüftungspausen sind die ersten fünf Minuten zur kollektiven Leibesübung die folgenden fünf Minuten der Rekruten-Grundausbildung und weitere 10 Minuten dem gemeinsamem Marschieren vorbehalten, wobei Militärmärsche gesungen werden . . .

Die Häftlinge betreten den Hof im Gleichschritt. Nachdem die gemeinsamen Leibesübungen und Grundausbildungsübungen beendet sind, fangen sie auf Kommando an, Märsche zu singen und im Gleichschritt zu marschieren. Es wird so z.B. ein Kommando erteilt und durch die ganze Garnison schallt „Der Marsch von Dardanellen“:

„Wir sind die unnachgiebigen Wächter der Dardanellen,
Wir beobachten jeden, der dieses Land mit bösem Blick verfolgt,
Schaut Euch diese Soldaten an; wer kann wagen, uns anzugreifen,
Schaufeln wir die abgeschlachteten Köpfe unserer Feinde ins Mittelmeer.“

Den kollektiv gesungenen Militärmärschen folgen die Befehle der Feldwebel, die die Ausbildung überwachen. Die Befehle werden gemeinsam und laut mit „Danke, Herr Kommandant!“ beantwortet:



Bewacht von speziell ausgebildeten Frauen: Der gleichen Kasernendisziplin unterworfen

„Wegtreten!“ „Danke, Herr Kommandant!“ „Rührt euch!“ „Danke, Herr Kommandant!“ „Raucht eine Zigarette!“ „Danke, Herr Kommandant!“ „Gute Besserung, Kameraden!“ „Danke, Herr Kommandant!“ (Milliyet, 9.12.1980)

„Die Ausbildung zum Atatürkismus“ hat angeblich die Vermittlung von Prinzipien Atatürks zur Grundlage. Das zu diesem Zweck eingesetzte Grundbuch ist das von der Kommandatur der Landesstreitkräfte herausgegebene Buch: „Atatürks Prinzipien und die Geschichte unserer Reformen“. In dem Buch werden Leben Atatürks, Prinzipien der türkischen Revolution, Geschichte des Befreiungskrieges und Prinzipien Atatürks ausführlich erläutert. Darüberhinaus befinden sich darin wichtige Reden Atatürks wie sein Aufruf an die Jugend und die Rede zum

10. Jahrestag der Republik. Die Inhaftierten und Verurteilte haben aufgrund der massiven Ausbildung diese Rede auswendig gelernt. Wir haben in den einzelnen Zellentrakten viele Inhaftierte beim Auswendiglernen dieser Reden gesehen. Wir sind vielen Häftlingen begegnet, die auf Kommando eine der Reden Atatürks mit voller Lautstärke aufsagten, wobei sie sich die Kehle aus dem Halse schrien.

Die „Ausbildung zum Atatürkismus“ hört aber auch nicht damit auf. Die Leitung der Strafanstalt hat von der Staatlichen Rundfunk- und Fernseh-anstalt eine Menge Tonbänder zum Thema „Atatürk“ besorgt. Sie werden innerhalb der Anstalt von den Lautsprechern ausgestrahlt und sind im gesamten Anstaltsbereich deutlich vernnehmbar . . .

Fortsetzung S. 29



Terror in Türkei-Kurdistan

Das kurdische Volk, das im Osten und Südosten der Türkei, d.h. in Türkei-Kurdistan, die Mehrheit der Bevölkerung stellt, gehört zu den Haupt-Zielscheiben der Verfolgung durch die Militärdiktatur. Die Armee-Einheiten in diesem Gebiet wurden erheblich verstärkt, die Zugänge zu den kurdischen Städten werden ständig kontrolliert, Reisende werden willkürlich verhaftet, die Dörfer werden umzingelt und durchsucht, die Bewohner werden wahllos verprügelt.

Kurdischer Bürgermeister schwer gefoltert

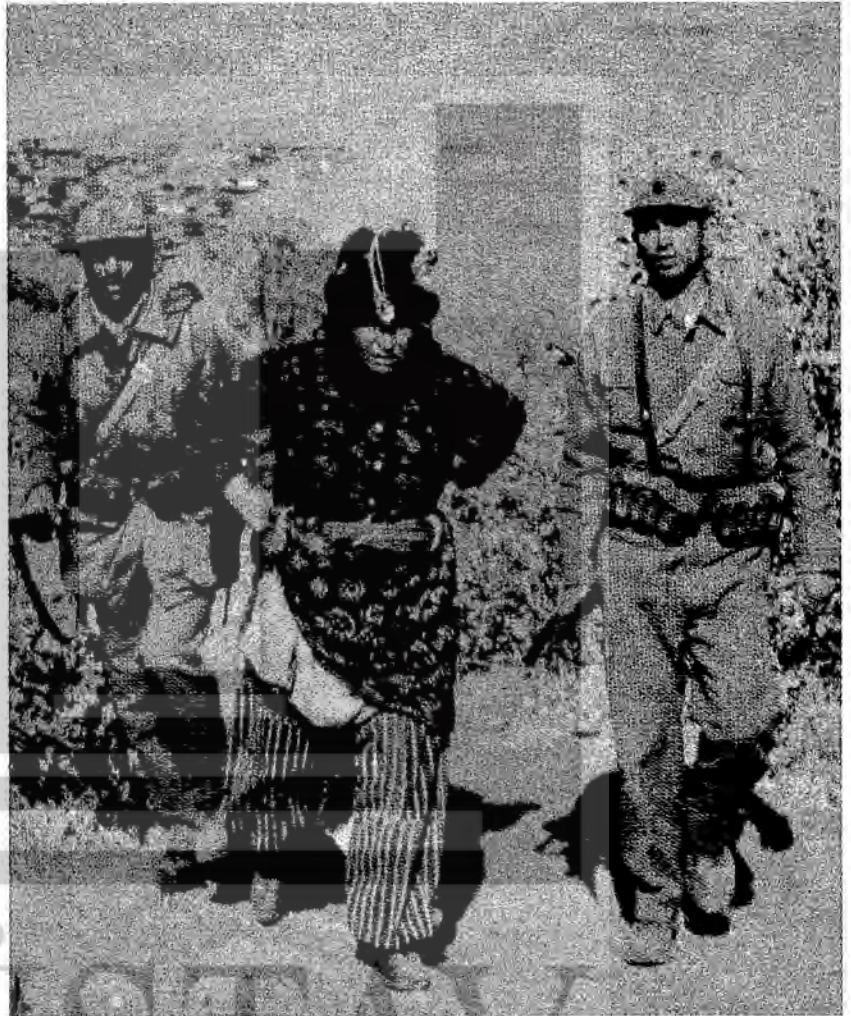
Allein in der Provinzhauptstadt Diyarbakir wurden nach mehreren Operationen des Militärs über 5000 Menschen verhaftet. Viele von ihnen wurden in Ketten gelegt. Der rechtmäßig gewählte kurdische Oberbürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, wurde zusammen mit seiner Frau und seinem Bruder unmenschlichsten Folterungen ausgesetzt. Die Folterer stellten ihm ständig die gleiche Frage: „Bist du ein Kurde oder ein Türke?“ Er war nicht bereit, seine nationale Identität zu leugnen und er wurde weiter gefoltert. Die angewandten Methoden: Bastonade (Stockhiebe auf die nackten Fußsohlen), Schläge mit Sandsäcken und elektrische Stromschläge.

Ebenso wie Mehdi Zana wurden auch die kurdischen Bürgermeister von Ceylanpinar, Lice, Egil, Ergani und Silvan verhaftet und gefoltert. Der Provinzvorsitzende von Diyarbakir der Republikanischen Volkspartei (CHP), Hasan Deger und der stellvertretende Bürgermeister von Diyarbakir gehören ebenfalls zu den Gefolterten.

Tarik Ziya Ekinci, ehemaliger Abgeordneter und Kurde, wurde ebenfalls verhaftet. In Folge der Schläge, die er erhielt, ist sein Sehvermögen stark eingeschränkt. Er befindet sich im Gefängnis von Diyarbakir.

Ecevit s Ex-Minister verhaftet

Serafettin Elci, bekannter kurdischer Abgeordneter aus Mardin, und Minister



Militäroperationen und Folter: „Bist du Kurde oder Türke?“

in der letzten Ecevit-Regierung, ist in Ankara inhaftiert. Da er an einer Nierenkrankung leidet, muß um sein Leben gefürchtet werden. Serafettin Elci hatte den Haß der türkischen Chauvinisten auf sich gezogen, als er während seiner Amtszeit als Minister öffentlich erklärte: „Es gibt in der Türkei Kurden.“

Unterdrückung durch die Armee weiter verschärft

„Ich selbst bin ein Kurde.“ Damit verstieß er gegen Gesetze, die selbst den Hinweis auf die Existenz des kurdischen Volkes in der Türkei unter Strafe stellen. Nun soll Elci wegen „Unterminierung der nationalen Gefühle“ vor Gericht gestellt werden.

In Diyarbakir wurde eine Textilarbei-

terin, deren Namen wir noch nicht ermitteln konnten, verhaftet, weil ihr Mann sich den Militärbehörden nicht stellte. Sie wurde mehrere Male vergewaltigt und später ermordet.

Diese Beispiele können nur einen ungenügenden Eindruck vermitteln von der Verfolgung des kurdischen Volkes und dem erschreckenden Ausmaß der Unterdrückung. Die Verfolgung und Unterdrückung ist auch deshalb besonders zu verurteilen, weil hier ein Volk als solches attackiert wird – es wird nicht einmal für nötig gehalten, die sonst aufgestellten „Begründungen“ anzugeben. Von einer Demokratie in der Türkei wird man erst dann mit Fug und Recht sprechen können, wenn das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes respektiert wird.

Hunderte Gewerkschaftler vor dem Militärtribunal

Mammutprozeß gegen DISK



Türkler, ehem. DISK-Vorsitzender, von Terroristen ermordet: 1. Mai-Kundgebungen
Anklagepunkt gegen DISK-Gewerkschaftler

Das Militärgericht bei der Kriegsrechtskommandatur von Istanbul erließ am 28.12.1980 Haftbefehle gegen 68 führende Mitglieder des DISK und der ihm angehörenden Einzelgewerkschaften, sowie gegen einige Betriebsräte. Wie wir mehrmals berichtet hatten, waren nach der Machtübernahme der Junta tausende von Gewerkschaftern festgenommen worden. Nach Abschluß der Ermittlungen der Militärstaatsanwaltschaft wurden 68 der in der ersten Etappe verhört 506 Gewerkschafter verhaftet und 223 von ihnen auf freien Fuß gesetzt. Gegen die Freilassung der 223 Gewerkschafter legte die Militärstaatsanwaltschaft Widerspruch ein. Diesem wurde am 20.1.1980 stattgegeben und gegen die freigelassenen 223 Gewerkschafter ebenfalls Haftbefehl erlassen.

Somit hat sich die Zahl der DISK-Gewerkschafter, die seit Anfang Dezember verhaftet worden sind, auf 306 erhöht. Darüber hinaus befinden sich eine unbekannte Anzahl von Gewerkschaftern in den Gefängnissen, die noch keinem Richter vorgeführt worden sind. Wie bereits gemeldet, hat die Junta in einem ihrer „Gesetze“ verfügt, daß Gefangene bis zu 90 Tagen ohne einen Haftbefehl festgehalten (d.h. von den Sicherheitsorganen“ nach belieben mißhandelt oder gefoltert) werden können. Während dieser Frist wird den Häftlingen sogar die Kontaktaufnahme mit ihren Anwälten verwehrt.

Diese Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit dem in Vorbereitung be-

findlichen DISK-Prozeß. Unter den Verhafteten befinden sich der Vorsitzende des DISK, Abdullah Bastürk und der ehemalige Oberbürgermeister von Istanbul Ahmet Isvan. Wie es der rechten Presse zu entnehmen ist, soll der DISK-Prozeß mit mehr als 2000 Angeklagten der größte Prozeß der Justizgeschichte werden.

„Geständnisse“ erpreßt

Den Meldungen aus der Türkei zu Folge werden die festgenommenen oder verhafteten Gewerkschafter schwer mißhandelt, damit die dürftige Beweislage mit den erpreßten „Geständnissen“ ergänzt werden kann. Bekannt wurde auch, daß dem Vorsitzenden des DISK, Abdullah Bastürk, unter Folter eine Aussage diktiert wurde. Der Rechtsanwalt von Bastürk legte gegen diese Aussage Widerspruch ein, in der Bastürk „gestanden“ haben soll, eine illegale Organisation zwecks Stürzung der verfassungsmäßigen Ordnung gegründet zu haben. Bezeichnender Weise wurden sowohl der Staatsanwalt als auch der Richter des für den Widerspruch des Rechtsanwalts von Bastürk zuständigen Militärgerichts in andere Städte versetzt.

Den DISK-Funktionären werden Verstöße gegen die Paragraphen 141 und 142 des Türkischen Strafgesetzbuches (siehe Kasten), gegen die Gesetze mit den Nummern 274 und 275 (Gewerkschaften-, Tarif-, Streik- und Ausspernungsgesetze) vorgeworfen.

Die Artikel 141/1 und 142/1, die faschistischen Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches:

Die Artikel 141/1 und 142/1 StGB wurden von den Artikeln 270 und 272 des faschistischen italienischen StGB von 1930 wörtlich ins Türkische übersetzt und in das türkische Strafrecht 1936 übernommen.

Artikel 141, Abs. 1

Diejenigen, die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgendeinem Namen versuchen, Vereinigungen zu gründen, oder tatsächlich gründen, oder ihre Tätigkeiten ordnen oder leiten, oder beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, werden zu 8 bis 15 Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

Artikel 142, Abs. 1

Derjenige, der auf irgendeine Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, oder die politischen und rechtlichen Ordnungen total zu zerstören, wird zu 5 bis 10 Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

Gerade die Paragraphen 141 und 142 des TStGB, deren Einklang mit der Verfassung durch zahlreiche Gerichte bezweifelt wurde, und die an das Verfassungsgericht überwiesen waren, finden unter der Militärdiktatur verschärfte Anwendung.

Abgeschlossene Verfahren wieder aufgerollt

Die Junta beabsichtigt, mit DISK ganz abzurechnen. Selbst mehrere Jahre zurückliegende gewerkschaftliche Aktivitäten werden zum Inhalt der Anklage gemacht.

In Bezug auf einige der wichtigsten Anklagepunkte, so z.B. bezüglich des Generalstreiks 1976, wurde die DISK-Führung bereits vor vier Jahren angeklagt. Doch das ordentliche Gericht verwarf damals die Anklage. Offensichtlich will die Junta nun, da sie die Gerichtsbarkeit durch die Militärgerichte, die sie nach Belieben zusammensetzt oder auflöst, unmittelbar kontrolliert, unter Mißachtung aller Rechtsgrundregeln, den gleichen Vorwurf zum Gegenstand eines neuen, diesmal von ihr gelenkten Prozesses machen.

Selbst solche Gewerkschaftsveranstaltungen wie der 1. Mai sollen gehindert werden, die in jedem Land, in dem die Gewerkschaften ungehindert arbeiten können, nicht wegzudenken sind.

Die Anklage gegen den ehemaligen Oberbürgermeister von Istanbul, Ahmet Isvan, stützt sich auf die Tatsache, daß Isvan die friedlichen und äußerst disziplinierten 1. Maikundengebungen des DISK in Istanbul, an denen sich jeweils hunderttausende von Menschen beteiligten, nicht verhindert hat und sogar selbst als Ehrengast daran teilnahm. Nach dieser Rechtsauffassung der Junta müßten auch die gesamte DGB-Führung sowie ein großer Teil der Bundesregierung, allen voran der Herr Bundeskanzler, verhaftet und vor Gericht gestellt werden.

Dem DISK wird ferner vorgehalten, sich außerhalb der Aufgaben der Gewerkschaften betätigt zu haben. Hier werden z.B. genannt: Die Streiks gegen die Staatssicherheitsgerichte, gegen die Armeecooperation bei den Taxis-Werken in Izmir oder auch gegen den faschistischen Terror der „Grauen Wölfe“, wie z.B. die Ermordung des langjährigen DISK- und MADEN-IS-Vorsitzenden, Kemal Türkler.

Hier müßte man den Putsch-Generälen eine berechnete Frage stellen, deren Antwort jeder Gewerkschafter gut kennt: was sind dann die gewerkschaftlichen Aktivitäten, wenn nicht die Ver-

Verbotene DISK-Gewerkschaften und ihre verhafteten Vorsitzenden

TÜRKIYE MADEN-IS

Gewerkschaft der Metallarbeiter – Mehmet Karaca

GENEL-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe – Abdullah Bastürk

BANK-SEN

Gewerkschaft der Büroangestellten, der Beschäftigten der Börsen, der Versicherungen und der Kooperativen – Metin Denizmen

ASTER-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten der Militärwaffen und -einrichtungen – Ayhan Dümen

NAKLIYAT-IS

Gewerkschaft der Land- und Seetransportarbeiter – Mehmet Sülbin

ILERICI DERI-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Lederwarenindustrie – Kenan Budak

SINE-SEN

Gewerkschaft der Beschäftigten der Film- und Kinobranche – Rauf Yalazangil

AS-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Holzverarbeitenden Industrie – Alev Ates

DEVRIMCI-TOPRAK-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Boden- und Wasserproduktgewinnung, der Fischer, der Schwammsucher und der Beschäftigten der Forstbetriebe – Fuat Gedik

BASIN-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Druckindustrie – Burhan Sahin

TÜRKIYE GIDA-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten der Nahrungsmittelindustrie – Demirhan Tuncay

LASTIK-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Gummi-, Kautschuk- und Plastikindustrie – D. Ali Yalniz

BAR-DER-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Leder- und Lederprodukteindustrie – Kenan Budak

TAM-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten der Holz- und Korkverarbeitenden Industrie –

TEKSTIL-IS

Gewerkschaft der Textilarbeiter – Rivdan Budak

KERAMIK-IS

Gewerkschaft der Arbeiter in der Keramik-, Zement-, Porzellan- und Ziegelsteinindustrie – Mustafa Aktulgali

DEVRIMCI YAPI ISCILER

Progressive Bauarbeiter-Gewerkschaft – Ibrahim Cetkin

TÜMKA-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Zellulose- und Papierverarbeitenden Industrie – Kemal Yilmaz



DISK-Vorsitzender Bastürk: Von der Junta verhaftet

teidigung der demokratischen Grundrechte und -freiheiten, die Wachsamkeit gegen Faschismus oder der Kampf für die Einhaltung und Verbesserung des Lebensstandards, d.h. für mehr Lohn? Wofür sollen die Gewerkschaften überhaupt eintreten, wenn sie die sich nicht an den lebenswichtigen Bedürfnisse der arbeitenden Menschen nach Brot, Frieden und Freiheit orientieren dürfen?

Das ist jedoch noch nicht mal alles. In seinen Reden in Konya, Adana, Mersin und Hatay im Rahmen seiner Propaganda-Reise Mitte Januar sprach General Evren über das Vermögen der Gewerkschaften, die Hochhäuser als

Gewerkschaftszentren, Bildungs- und Erholungseinrichtungen und moderne Druckereien besäßen. Das würde nach der Änderung des Gewerkschaftengesetzes anders werden. Sie würden für jeden Pfennig zur Rechenschaft gezogen werden. In Anbetracht dieser Reden stellt der DISK-Prozeß offensichtlich ein Glied in der Kette von Entmachtung der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung des Landes dar.

Da besitzt der Junta-Chef noch das Gesicht, zu erklären: „Anstelle zufrieden zu sein, schauen sie uns fragend in die Augen, wann wir gehen werden“.

DISK-GEWERKSCHAFTEN

TEK GES-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten in der Strom-, Wasser- und Gasversorgung – Selehattin Sayin

PETKIM-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten in der Petrochemieindustrie – Yalcin Talaka

SOSYAL-IS

Gewerkschaften der Beschäftigten im Versicherungs-, Bildungs- und Bürowesen – Özcan Kesgec

BASYEN

Gewerkschaft der Arbeiter beim Ministerium für Aufbau und Entwicklung – A. Cevat Özhasirci

OLEY-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten des Hotel- und Gaststättengewerbes – Nusret Aydin

DEM-LIM-IS

Gewerkschaft der Eisenbahn-, Hafen-, Flughafen- und Bauarbeiter – Taner Baygöl

YENI-HABER-IS

Gewerkschaft der Arbeiter und Angestellten bei der Post, bei den Fernseh- und Rundfunkanstalten – Eyüp Sihhatli

ULAS-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten im Transportgewerbe – Sabri Topcu

DEV-MADEN-SEN

Gewerkschaft der Minenforschungs- und verarbeitungsindustrie – Müslüm Sahin

BISEN

Gewerkschaft des Büropersonals und der Beschäftigten der Bildungseinrichtungen – Orhan Ulukan

YERALTI-MADEN-IS

Gewerkschaft der Minenarbeiter – Cetin Uygur

YENI GES-IS

Gewerkschaft der Arbeiter in der Gas-, Energie- und Wasserversorgung – Orhan Ulukan

YENI DEVRIMCI

SAGLIK-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten des Gesundheitswesens – Hasan Bürgac

HAS-IS

Gewerkschaft des Krankenhauspersonals – Halil Hayta

LIMTER-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten im Schiffsbau, in den Häfen und Werften – Metin Yagmur

FINDIK-IS

Gewerkschaft des Personals in der Landwirtschaftskooperativen – Akcin Koc

GIDA-SEN

Gewerkschaft der Beschäftigten der Nahrungsmittelindustrie – Cavit Tiryaki

HÜR CAM-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten der Glas-, Flaschen- und Mosaik-Industrie – Ferudun Ertas

Unterdrückung der Arbeiterbewegung

ILO-Bestimmungen eindeutig verletzt

Für die Abwicklung der künftigen Tarifverträge sieht die Junta eine sogenannte Überschiedskommission vor. Dieses neunköpfige Gremium besteht aus 7 Vertretern des Staates und je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter, d.h. der Türk-Is. Daß die Vertreter des Staates nicht entgegen der arbeiterfeindlichen Politik der Junta stimmen werden, liegt auf der Hand. Der von der Türk-Is-Führung einzusetzende „Vertreter der Arbeiter“, wird wohl auch seine Auftraggeber nicht enttäuschen.

Niemand braucht hier ein Hellseher zu sein, um zu erraten, daß dieses Spiel von vornherein 9:0 für die Unternehmer ausgeht. Damit stellt die Junta fest: Die Herren der Nation sind die Unternehmer.

Wir möchten kurz in die Erinnerung rufen: Vor der Machtübernahme der Militärs waren bereits 60.000 Arbeiter in Streik getreten. Weitere von 140.000 Arbeitern beschlossene Streiks waren aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ von der Demirel-Regierung verschoben worden. Über 500.000 Arbeiter und Angestellte warteten auf den Abschluß der Tarifverhandlungen, die mit Sicherheit aufgrund der Hartnäckigkeit der Unternehmer zu Arbeitsniederlegungen geführt hätten.

Mit den Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei verstößt die Junta gegen internationale Vereinbarungen und Konventionen von Organisationen, in denen die Türkei Mitglied ist.

Recht auf Kollektivverhandlungen bei der ILO

Die Türkei ist unter anderem Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die, „geleitet sowohl von den Gefühlen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit als auch von dem Wunsche, einen dauernden Weltfrieden zu sichern,“ als Ziele u.a. „Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit“ (Ib) und die „tatsächliche Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen“ ausdrücklich erwähnt.

Entsprechende Übereinkommen der ILO, die von den Mitgliedstaaten einzeln ratifiziert werden müssen, sind z.B. das Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts (1948), das Übereinkommen Nr. 98 über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen (1949), und das Übereinkommen Nr. 135 über Arbeitnehmervertreter (1971).

Es ist ein Gebot der Solidarität mit unseren eingekerkerten und gefolterten Gewerkschaftskollegen in der Türkei, die Junta-Vertreter in der ILO wegen der eklatanten Übergriffe auf die gewerkschaftlichen Rechte zur Rechenschaft zu ziehen. Das wäre ein wirksames Mittel, womit unsere Gewerkschaften den Kollegen in der Türkei helfen könnten.

UTTB:

Helsinki, den 2.10.1980
An General K. Evren
Nationaler Sicherheitsrat
Ankara, Türkei

Herr General,

Seit dem 12. September haben wir nichts mehr von unseren türkischen Mitgliedsgewerkschaften Bayesen, Yapi-Is, Keramik-Is und Hür-Cam-Is gehört. Auch alle unsere Versuche, mit ihnen Kontakt aufzunehmen, sind gescheitert.

Angesichts der Tatsache, daß viele Gewerkschaftler in Haft sind und daß Gewerkschaftsbünde wie DISK und MISK verboten wurden, sind wir der Auffassung, daß die oben genannten Gewerkschaften und ihre Führer gewaltsam an der Ausübung ihrer normalen und freien Tätigkeit gehindert werden. Diese Vorgehensweise von Behörden in Ihrer Verantwortung sind direkte Verletzungen der ILO-Konvention Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und offene Verstöße gegen gewerkschaftliche und demokratische Rechte.

Türk-İş-Vorsitzender ergreift Partei für die Junta

Die konservative Gewerkschaftsorganisation Türk-İş (Konföderation der Gewerkschaften der Türkei) setzt sich für die Unterstützung der Junta ein. Ihr Vorsitzender, Ibrahim Danizci besuchte Ende November die europäischen Gewerkschaftszentren und empfahl ihnen, von Protesten gegen die Militärdiktatur abzusehen. Bereits einen Monat nach der Machtübernahme der Generäle wandte er sich mit einem Schreiben an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, in dem er die Situation in der Türkei auf den Kopf gestellt beschrieb.

Wir möchten den Lesern der Türkei-Informationen diesen interessanten Bittbrief, der an alle Mitgliedsorganisationen des IBFG weitergeleitet werden sollte, nicht vorenthalten. Deshalb geben wir einige Passagen dieses Briefes wieder:

Internationale Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen der Bau-, Holz- und Baumaterialienindustrie:

Die derzeitige Situation schafft einige Besorgnis hinsichtlich des Schicksals der Führer dieser Gewerkschaften, die wir persönlich als standhafte und prinzipienfeste Kämpfer für die Interessen der Arbeiter der Bau- und Baumaterialienindustrie und als wahre Patrioten ihres Vaterlands kennen.

Unter diesen Umständen fordern 16 Millionen Bau- und Holzarbeiter, Mitglieder unserer Gewerkschaftsvereinigung:

- sofortige Wiederherstellung der Demokratie im Land;
- Freilassung aller inhaftierten Gewerkschaftler;
- Schaffung von günstigen Bedingungen für normale gewerkschaftliche Aktivitäten und Respektierung gewerkschaftlicher Rechte.

Das Sekretariat unserer Internationalen Gewerkschaftsvereinigung erwartet, über die Lage der Gewerkschaften Baysen, Yapi-İs, Keramik-İs und Hür-Cam-İs und das Schicksal ihrer Führer unterrichtet zu werden.

Veikko Porkkala
Generalsekretär

„Es herrscht vollständige Pressefreiheit, und mit Ausnahme von drei Zeitungen, die extremistische Richtungen vertraten, arbeiten alle Nachrichtenorgane frei.

Die Tätigkeit aller Organisationen wurde gestoppt; alle Organisationen, deren Tätigkeiten bestehende Gesetze sowie die Prinzipien ihrer Satzungen und Programme verletzen oder sich an terroristischen Aktivitäten beteiligten, wurden verboten. Demgegenüber ist Türk-İş eine gesetzestreue, der Satzung der Konföderation entsprechend und als wahrer Verteidiger der Demokratie und des freien parlamentarischen Systems mit allen ihren Mitgliedsorganisationen und regionalen Vertretungen arbeitende Organisation.

...

Verboten wurden jene Gewerkschaftsbünde, die wie wir in unserem vorherigen Schreiben mitgeteilt haben, neben gewerkschaftlichen Arbeiten noch andere Aktivitäten unternahmen. An erster Stelle steht da der Progressive Gewerkschaftsbund DISK. Diese Organisation hat, vor allem in den letzten Jahren, eng mit verschiedenen illegalen Organisationen zusammengearbeitet, die dieselbe politische Richtung vertreten wie sie. Diese hat DISK als Gewerkschaftsaktivitäten ausgegeben und hierzu die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten genutzt. Die Kontakte des DISK zum Weltgewerkschaftsbund sind Ihnen wohlbekannt.

Sie müssen die Ereignisse in der Türkei im Lichte der Bekanntmachungen des Nationalen Sicherheitsrats, die wir vollinhaltlich in Übersetzungen beifügen, bewerten und Mißtrauen walten lassen gegenüber Informationen und falscher Propaganda, die von den politischen Zielen verfolgenden Quellen in Europa verbreitet werden. Wir werden Sie weiterhin über die Entwicklungen unterrichten.“ (Rückübersetzung aus dem Türkischen).

Diese entlarvende Haltung der Türk-İş Führung erwies sich als ein Eigentor. So schenkte der Empfänger dieses Schreibens, der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, dessen Mitglied Türk-İş ist, dem Verfasser keinen Glauben und beschloß, eine Delegation

in die Türkei zu entsenden, um sich an Ort und Stelle zu informieren.

Diese Fragen stehen aus

Während alle großen internationalen Gewerkschaftszentralen wie Internationaler Bund Freier Gewerkschaften, Weltgewerkschaftsbund, Europäischer Gewerkschaftsbund und die Weltföderation der Arbeit, die Aufhebung der Verbote gegen die Gewerkschaften und die Freilassung der verhafteten Gewerkschaftler fordern, versucht die Türk-İş-Führung, Solidarität zu verhindern.

Wir schlagen hier einige Fragen vor, die unsere Gewerkschaftskollegen bei ihren Besuchen in der Türkei an die Türk-İş-Führung stellen könnten:

Ist es ein Verbrechen, höhere Löhne für die Ausgleichung der Inflation und die Aufrechterhaltung des Reallohns zu fordern?

Ist es ein Verbrechen, den 1. Mai zu feiern, wie es in allen Ländern, in denen die Gewerkschaften frei sind, eine Selbstverständlichkeit ist?

Ist es ein Verbrechen, daß sich die Gewerkschaften mit Streiks gegen die sogenannten Staatssicherheitsgerichte, den Unterdrückungsgesetzen, die die gewerkschaftlichen Grundrechte und -freiheiten einschränken, wehren?

Führen die – wie Türk-İş an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossenen – Gewerkschaften keine Mai-Kundgebungen oder Streiks durch?

Hängt die Verteidigung der demokratischen Rechte nicht mit der Verteidigung des täglichen Brots der Arbeiter zusammen?

Könnten es die Generäle jemals wagen, Streik- und Tarifrecht der Arbeiter außer Kraft zu setzen, wenn die Türk-İş-Führung bereit wäre, zusammen mit DISK gegen die Angriffe auf die Löhne und die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter zu kämpfen?

Diese und noch zahlreiche Fragen bleibt die Türk-İş-Führung der Bevölkerung der Türkei und der internationalen Gewerkschaftsbewegung schuldig!

Kluncker: Gewerkschaftliche Rechte aufgehoben

Vom 10. bis 12. Januar besuchte Heinz Kluncker als Präsident der Internationale der Öffentlichen Dienste mit einer Delegation die Türkei. Eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten Kollegen aus der Türkei besuchten ihn am Vorabend seiner Reise und übergaben ihm Dokumente über Folter und Unterdrückung, insbesondere über die faktische Aufhebung der gewerkschaftlichen Rechte. Nach seiner Rückkehr berichtete Kluncker auf einem Pressegespräch am 15. Januar in Bonn über die Ergebnisse seiner Reise.

Der IÖD-Delegation, die von Kluncker geleitet wurde, gehörten ferner an: Carl Franken, Generalsekretär der IÖD und Mitglied des IÖD-Vorstandes, und der Vorsitzende des Schwedischen Kommunalarbeiterverbandes, Sigvard Marjasin. Kluncker gab an, daß zwar Gespräche mit Vorstandsmitgliedern der dem Türk-Is angehörenden IÖD-Mitgliedsgewerkschaften geführt werden konnten, ein Kontakt mit dem IÖD-Mitglied Genel-Is, das dem DISK angehört, ist jedoch nicht möglich gewesen. „Diese Gewerkschaft, wie auch der Dachverband, wird von der Militärregierung an ihrer Betätigung gehindert. Genel-Is und DISK sind de facto verboten.“

Gewerkschaftsbewegung gegen Menschenrechts- verletzungen

Zur Beurteilung der Lage führte Kluncker u.a. aus:

„Es besteht die begründete Sorge, daß auch Gewerkschafter durch Organe der gegenwärtigen staatlichen Gewalt mißhandelt worden sind. Da es den Mitgliedern der IÖD-Delegation nicht möglich war, mit inhaftierten Gewerkschaftern, deren Angehörigen oder ihren Rechtsbeiständen Kontakt aufzunehmen, konnte nicht geprüft werden, ob die Inhaftierten mit einer rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechenden, juristischen Betreuung versehen sind.“



Heinz Kluncker

Kluncker sagte weiter: „Die Delegation hat deutlich gemacht, daß die freie Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt mit Nachdruck gegen die Verletzung der Menschenrechte und die Außerkraftsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien, insbesondere gegen die Behinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten protestiert, und sich für die baldige Wiederherstellung und Sicherung rechtsstaatlicher, demokratischer Verhältnisse in der Türkei einsetzt, aber zugleich jede Art terroristischer Aktivitäten verurteilt.“

Kluncker berichtete auch von seinen Gesprächen mit ehemaligen Parlamentsabgeordneten sowie mit Ecevit und Demirel.

Die IÖD-Delegation zeigte sich u.a. besorgt über die Pressezensur in der Türkei: „Da in der Türkei die Pressefreiheit eingeschränkt ist, kann nicht abschließend beurteilt werden, ob sich die Gewerkschafter in der Türkei umfassend über den Besuch der IÖD-Delegation informieren können. Es konnte ferner keine eindeutige Klarheit gewonnen werden, ob und wann volle Gewerkschaftsrechte nach den Prinzipien der IAO wieder hergestellt und gesichert werden.“

Am 24.1.81 jährte sich der Beginn des „Sanierungsprogramms“ der türkischen Wirtschaft, das unter der Demirel-Regierung eingeleitet und von der Militärgenossenschaft nahtlos übernommen wurde, zum ersten Mal. Schon zehn Tage vorher, am 15.1.81, erschien der „Architekt“ dieses Programms, Turgut Özal, der ehemalige Chefberater Demirels und jetziger stellvertretender Ministerpräsident der Junta, in Bonn, um über neue Kredite in Milliardenhöhe zu verhandeln.

Das gibt uns einen doppelten Anlaß, die bisherigen Ergebnisse dieses Sanierungsprogramms, das unserem Land mit Kriegsrecht und Militärdiktatur aufgezwungen wurde, zu bilanzieren. Vor einem Jahr hatten sowohl die Bundesregierung wie auch die bundesdeutsche Presse dieses Programm einhellig begrüßt und es als Voraussetzung für die westliche Hilfe bezeichnet. Die demokratischen Kräfte in der Türkei hatten sich kategorisch gegen diesen wirtschaftspolitischen Kurs gewandt und unterstrichen, daß das Festhalten daran zur Diktatur führen müsse. Außerdem wurde betont, daß mit einer solchen Politik eine Überwindung der wirtschaftlichen Probleme nicht möglich ist. Was kann man nun, nach einem Jahr, über diese verschiedenen Einschätzungen sagen?

Arbeitende Bevölkerung zum Verhungern verurteilt

Aus unserer Sicht ist es selbstverständlich, daß eine solche Bewertung vor allem untersuchen müßte, wie die Auswirkungen des sogenannten „Sanierungsprogramms“ für die Mehrheit unserer Bevölkerung aussehen. Die Antwort auf diese Frage ist indes so eindeutig, daß sie kaum gestellt zu werden braucht. Trotzdem wollen wir die Lage der werktätigen Menschen mit einigen wenigen Beispielen darstellen. Da ist zunächst die Inflation. Sie wurde durch die Abwertung und die Heraufsetzung der Preise für die Produkte der Staatsbetriebe auf ein in der Geschichte der Türkei einmaliges Niveau getrieben. So wurden die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der Kleinproduzenten buchstäblich zum Hungern gezwungen. Nach Berechnungen von Ernährungswissenschaftlern, die auf der Grundlage der Preise von November 1980 erstellt wurden, benötigte eine fünfköpfige Familie in Istanbul im November 1980 allein für die Ernährung mindestens 21.581 türkische Lira monatlich (Cumhuriyet, 22.11.80). Für die übrigen lebensnotwendigen Ausgaben wie Wohnung, Kleidung,

„Sanierungsprogramm“ trotz Junta gescheitert

Transport usw. muß noch einmal soviel berechnet werden, so daß die Mindestausgaben pro Monat mehr als 43.000 türkische Lira betragen.

Im Vergleich dazu beträgt der Mindestlohn immer noch lediglich 5.400 türkische Lira monatlich. Das ist etwa ein Viertel der Summe, die allein für die Ernährung benötigt wird. Die meisten Arbeiter und Angestellte verdienen im Monat weniger als 9.000 türkische Lira netto, d.h. weniger als die Hälfte der genannten Summe.

Angesichts dieser katastrophalen Lage mußte selbst die reaktionäre Tageszeitung Tercüman am 8.12.80 schreiben, daß über 41 Prozent der Familien in der Türkei überhaupt kein Fleisch kaufen können.

Ein anderes großes Problem ist die Arbeitslosigkeit, die bereits 1978 nach offiziellen Angaben über 20 Prozent der Erwerbstätigen betraf. Da in Folge des sogenannten „Sanierungsprogramms“ die Investitionen fast gänzlich zum Erliegen kamen und die Industrieproduktion erheblich zurückging (nach offiziellen Schätzungen sank das Bruttosozialprodukt im Jahre 1980 um 2,2 Prozent), nahm die Zahl der Arbeitslosen drastisch zu. Erschwerend kommt hinzu, daß seit dem Militärputsch am 12. September die Unternehmer eine lang ersehnte Gelegenheit erhalten haben, unliebsame Kollegen, vor allem gewerkschaftliche Vertrauensleute und aktive Gewerkschaftler, kurzerhand zu entlassen. Eines der ersten Junta-„Gesetze“ beseitigte zu diesem Zweck die legalen Hindernisse.

Wirtschaftspolitik der Junta: „Soziale Marktwirtschaft“?

Da es in der Türkei keine Arbeitslosenversicherung oder Sozialhilfe gibt, sind die tausende von entlassenen Kolleginnen und Kollegen völlig sich selbst überlassen. Die Entlassungspraxis hat ein solches Ausmaß erreicht, daß der Vorstand des nicht verbotenen Gewerkschaftsbundes TÜRK-İS, der die Junta unterstützt und dessen Generalsekretär Sadik Side als So-



Vor dem Putsch: Massenstreiks gegen „Hungerprogramm“

zialminister der Junta fungiert, in einer Entschließung zum Jahresende gegen die anhaltenden Entlassungen und Verfolgungen in den Betrieben Stellung nehmen mußte (Cumhuriyet, 29.12.80). Angesichts dieser Tatsache ist es mehr als verwunderlich, wenn Herr Flottau in der Süddeutschen Zeitung die Wirtschaftspolitik von Turgut Özal als „soziale (!) Marktwirtschaft“ charakterisiert (Süddeutsche vom 8.1.81).

Nun sind die meisten Befürworter des „Sanierungsprogramms“ zynisch genug zuzugeben, daß sie sich eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen auch gar nicht zum Ziel gesetzt hatten. Ihnen sei es vielmehr in erster Linie um die Bekämpfung der Inflation und des Zahlungsbilanzdefizits gegangen und zu diesem Zweck hätten sie ganz bewußt die Masseneinkommen eingeschränkt. Eine solche Argumentation setzt voraus, daß die Löhne und Gehälter in der Türkei im Vergleich zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes zu hoch gewesen sind. Das jedoch ist eine Behauptung, die leicht widerlegt werden kann:

Der Anteil der Löhne und Gehälter an den Produktionskosten der privaten verarbeitenden Industrie der Türkei betrug nach offiziellen Statistiken im Jahre 1976 lediglich 14 Prozent.¹ Dabei wurde im Jahre 1976 das höchste Reallohnniveau erreicht, das bis heute in der Türkei zu verzeichnen war. Seit-

dem sind die Reallöhne ständig gefallen (1979 waren sie gegenüber 1976 um 26 Prozent niedriger), und zwar bei steigender Arbeitsproduktivität. Das bedeutet, daß der Anteil der Lohnkosten 1979 etwa um 11-12 Prozent gelegen sein muß, eine Relation, die das Gerede von „zu hohen Löhnen“ Lügen straft. Angesichts dieser Tatsachen kann niemand ernsthaft behaupten, die Probleme der Türkei hingen mit einem zu hohen Lohnniveau zusammen.

IMF: „Türkei: zweithöchste Inflationsrate der Welt“

Doch wollen wir für einen Augenblick diesen Aspekt vernachlässigen und die Befürworter des sogenannten Sanierungsprogramms beim Wort nehmen. Versuchen wir, ihren Erfolg bzw. Mißerfolg an ihren eigenen Ansprüchen zu messen. Sie hatten am 25. Januar 1980 erklärt, daß die außerordentlichen Maßnahmen der Regierung, die eine radikale Hinwendung zu den „Kräften der Marktwirtschaft“ bedeuten, vor allem die Inflation bremsen, die Zahlungsbilanzdefizite reduzieren und die Produktion ankurbeln sollten. Wörtlich heißt es in dem Türkei-Bericht der OECD, der im April 1980 veröffentlicht wurde:

¹ Annual Survey of the Manufacturing Industry, 1976. Institute of Statistics, Ankara 1978, S. 1 und 7.

„Am 24. Januar 1980 kündigten die Verantwortlichen eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen an, die den Teufelskreis von Hyper-Inflation, wirtschaftlicher Stagnation und nicht kontrollierbarer Zahlungsbilanzdefizite durchbrechen sollen.“²

Wie sieht es nun nach einem Jahr mit der Inflationsbekämpfung aus? Zum Jahresende 1980 veröffentlichte der Internationale Währungsfonds (IWF), der als eigentlicher „Schöpfer“ des Sanierungsprogramms anzusehen ist, eine internationale Übersicht, in der der Türkei die zweithöchste Inflationsrate der Welt bescheinigt wird (den ersten Platz belegte Israel, den dritten Argentinien).

Ecevit an der Inflationsrate schuld?

Nach offiziellen türkischen Statistiken nahm der Großhandelspreisindex im vergangenen Jahr um 106 Prozent zu (Cumhuriyet, 31.12.80). Der tatsächliche Anstieg der Lebenshaltungskosten ist wesentlich größer, da der offizielle Lebenshaltungskostenindex grobe Mängel aufweist. So wird z.B. angenommen, daß die Mieten konstant bleiben, obwohl sie insbesondere in den letzten Jahren immens gestiegen sind. Diese Tatsache wird mittlerweile auch von der bundesdeutschen Presse, die noch vor wenigen Monaten „ermutigende Zeichen in der Inflationsbekämpfung“ zu erkennen glaubte, zugegeben. Allerdings in verdrehter Form. Stellvertretend für viele fast gleichlautende Kommentare (die Eingebung entstammt wohl einer gemeinsamen Quelle) zitieren wir den bereits angeführten H. Flottau in der Süddeutschen vom 8.1.81: „Zwar lag 1980 die Durchschnittsrate immer noch bei etwa 100 Prozent, aber dabei sind jene hohen Inflationsraten mit eingerechnet, die Özal noch von der Regierung Ecevit übernahm.“

Dazu ist gleich zweierlei zu bemerken: Erstens betrug die Inflationsrate zur Zeit der Ecevit-Regierung (Ecevit trat im Oktober 1979 zurück) nach offiziellen Statistiken noch 60,5 Prozent, wenn man nur die ersten zehn Monate von 1979 betrachtet. Mit anderen Worten, es kann keine Rede davon sein, daß die 100 prozentige Inflationsrate von der Ecevit-Regierung übernommen worden sei. Zweitens trat ja Turgut Özal gerade mit dem Anspruch auf, die Inflation zurückzudrängen, und verkündete das ganze Jahr hindurch einen bereits erreichten Rückgang der Teuerungsrates. Das wirkliche Ergebnis seiner

Maßnahmen, die nur durch eine Militärdiktatur durchgesetzt werden konnten, war jedoch das genaue Gegenteil: Die Preissteigerungen wurden erheblich verstärkt.

Auch Handelsbilanzdefizit wächst weiter

Diejenigen, die sich mit dem Hinweis auf die in den Monaten Juli-September zurückgegangenen monatlichen Preissteigerungsraten vertrösten lassen wollen, mögen dies tun. Tatsache bleibt, daß diese Verlangsamung der Preissteigerungen eine rein saisonale Erscheinung ist und die Preise ab Oktober wieder kräftig zugenommen haben.

Wie sieht es mit der zweiten Zielsetzung aus? Hat die Politik der drastischen Abwertungen zumindestens in der Handelsbilanz einen positiven Effekt gezeitigt? Auch hier sind die Probleme nicht kleiner, sondern größer geworden. Bei seinem Besuch in Bonn verwies zwar der „starke Mann“ in der Regierung, Turgut Özal, auf die 9,9-prozentige Zunahme der Exporte, die in den ersten 10 Monaten von 1980 mit Hilfe „seines“ Sanierungsprogramms bewerkstelligt worden sei. Er „vergaß“ jedoch hinzuzufügen, daß diese Wachstumsrate kleiner ausgefallen ist als die Zunahme der Exporte in dem Vergleichszeitraum 1979 (11 Prozent), also vor dem in Kraft treten der sogenannten Wirtschaftsreform. 1978 betrug die Wachstumsrate der Exporte 30,5 Prozent, 1976 sogar 39,9 Prozent. Mit anderen Worten, das, was Herr Özal jetzt als Erfolg bezeichnet, ist im Vergleich mit den früheren Ergebnissen als ein deutlicher Mißerfolg einzustufen. Doch damit nicht genug. Parallel zu dieser geringen Zunahme der Exporte wurde eine drastische Erhöhung der Importe (in den ersten zehn Monaten von 1980 um 23,3 Prozent) beobachtet, so daß das Handelsbilanzdefizit am Ende des Jahres gegenüber 1979 um 46 Prozent zunahm und 4,1 Milliarden Dollar erreichte. Und das, trotz eines erheblichen Rückgangs der Industrieproduktion und der Investitionen. Wie groß dieses Defizit erst sein wird, wenn die Industrieproduktion wieder zunimmt und die Unternehmer wieder investieren, kann man sich an den fünf Fingern zusammenrechnen.

Investitionen rückläufig

Damit ist bereits ein Jahr nach der Verkündung der Wirtschaftsreform a la IWF und Turgut Özal klar, daß diese Politik kläglich gescheitert ist. Niemand

kann behaupten, daß dieses Scheitern an der mangelnden Konsequenz, mit der sie durchgesetzt wurde, gelegen hätte. Die Errichtung der Militärdiktatur, das Verbot der Gewerkschaften, die gewaltsame Senkung der Reallöhne unter das Niveau von 1960 und nicht zuletzt die über 20 namentlich bekannten Foltermorde des Jahres 1980 belegen hinreichend, daß es den Vollstrekern des „Sanierungsprogramms“ an Entschlossenheit nicht mangelte.

Das Scheitern des Versuchs, die Probleme der türkischen Volkswirtschaft im Sinne des IWF, d.h. der internationalen Konzerne, zu lösen, wird inzwischen auch von denjenigen, die diese Politik anfangs unterstützten, zugegeben. So kritisierte Sakip Sabanci, der Großaktionär der mächtigsten Monopolgruppe der Türkei, Sabanci Holding, am 11.12.80 mit Hinweis auf die steigende Arbeitslosigkeit das „Sanierungsprogramm“ und erklärte, daß der Rückgang der Produktion und der Stillstand der Investitionen das Land in eine dunkle Zukunft treiben (Cumhuriyet, 12.12.80).

Der Vorsitzende der Delegiertenversammlung der Industriekammer von Istanbul, der bekannte Unternehmer Ibrahim Bodur, erklärte am 21.11.80 auf einer Diskussionsveranstaltung der Stiftung für Wirtschaftsforschung in Istanbul in Bezug auf die Zinssätze, die noch unter der Demirel-Reglung auf Geheiß des IWF drastisch erhöht worden sind: „Die Industriekammer von Istanbul, die über 50 Prozent der türkischen Industrie repräsentiert, hat 7.000 Mitglieder. Von diesen haben 5-10 unmittelbare Verbindung zu den Banken. An weiteren 5-10 sind die Banken beteiligt. Die restlichen fast 7.000 Industrieunternehmer können die für die Produktion erforderlichen Kredite nicht zu einem normalen Preis erhalten... Der Anteil der Zinskosten an den Produktionskosten hat sich mit einem Schlag auf 26 Prozent erhöht... Es ist unmöglich, mit solchen Zinssätzen ausreichend zu produzieren.“ (Cumhuriyet, 22.11.80).

Die Unruhe unter den Unternehmern greift auch auf die Spitze des Staatsapparates über. Am 12.1.81 wurde der plötzliche Rücktritt von Ismail Hakkı Aydinoglu, dem Präsidenten der türkischen Zentralbank, bekannt. Die türkische Presse durfte zunächst über die Hintergründe dieses Rücktrittes nicht schreiben. Die „Financial Times“ berichtete jedoch bereits am nächsten Tag, daß in Wirklichkeit Aydinoglu von der Junta auf Drängen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Turgut Özal entlassen worden ist. Aydinoglu

Fortsetzung S. 23

² OECD Economic Surveys. Turkey. S. 25

Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei:

Konferenz in Bonn

DIB-FAK (Einheit für Demokratie, Bundesrepublik), Solidaritätsgruppe für die Zeitung „Gerçek“, KKDK (Demokratische Arbeitervereine Kurdistans), Kurdische Volkshäuser und FIDEF unterstützen die zentrale Demonstration am 31. Januar 1981 in Köln gegen die Militärdiktatur in der Türkei.

Dies war eines der wichtigsten Ergebnisse einer Konferenz am 10. Januar in Bonn, zu der die bundesweite „Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ aufgerufen hatte. Eröffnet wurde die Konferenz, auf der Persönlichkeiten der demokratischen Öffentlichkeit mit Vertretern örtlicher Initiativgruppen über künftige Aktivitäten diskutierten, mit einer Begrüßungsansprache von K.-H. Stommel, Betriebsratsvorsitzender der Mannesmann-Duisburg. Zur Situation unter den Kollegen aus der Türkei nach dem 12. September referierte Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort. Peter Heinrich, Betriebsratsmitglied der Zeche Ewald, Recklinghausen, schilderte die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Rechte durch die Junta.

Klaus Thüsing, SPD-MdB, appellierte an die Bundesregierung, jegliche Unterstützung an die Junta sofort einzustellen: „Die Bundesrepublik kann sich nicht leisten, ein Unrechtsregime, das vor Folter und blutiger Unterdrückung nicht zurückschreckt, durch Finanz- und Militärhilfe zu stärken!“ Ismail Kahraman, DGB-Sekretär aus Stuttgart, setzte sich in seinem Beitrag für eine weitergehende Informationsarbeit über die Zustände in der Türkei ein. Nach Augenzeugenberichten und Grußbotschaften verwies Pfarrer Michael Höhn noch einmal auf die Bedeutung des Kampfes der Kollegen aus der Türkei auch für die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik. Einstimmig wurde zum Schluß die Resolution zur Demonstration am 31. Januar in Köln verabschiedet.



Berichte aus der Folterpraxis

Auf der Bonner Konferenz kamen auch Augenzeugen der Folterpraktiken in der Türkei zu Wort. Ihre eindringlichen Aussagen werden in Kürze von der „Initiative“ (c/o K.-H. Stommel, Postfach 100 682, 4100 Duisburg) in einer Broschüre vorgelegt:

Gewerkschafter:

Sie benutzten Polizisten und Soldaten zum Auseinanderjagen von Streikposten. Unsere Streikzelte wurden mit Bomben beworfen. Die Gewerkschaftsvertreter wurden auf die Foltertische gelegt. Unsere Gewerkschaftsführer wurden ermordet. Entschieden begegneten wir diesem Terror. Unsere Bewegung wurde immer stärker. Der Generalvorsitzende unserer Gewerkschaft Maden-Is, Kemal Türkler, wurde in niederträchtigster Weise von faschistischen Banden ermordet. Wir ließen uns nicht provozieren, wir beantworteten die Ermordung Kemal Türklers mit einer Beerdigungskundgebung, an der sich hunderttausende beteiligten. Wir sahen uns wieder Polizei und Militärs gegenüber. Tausende Werktätige wurden in Untersuchungshaft genommen. Ich gehörte zu jenen, die nach der Beerdigung festgenommen und gefoltert wurden. 3 Tage und Nächte lang wurde ich splitter-

nackt geschlagen. Meine Hoden wurden unter Strom gesetzt. Meine Füße wurden mit Nadeln gestochen.

Polizist:

Die Kriegsverbrecherkommandantur hat den Besitz meiner Familie beschlagnahmt. Sie verurteilen ohne jegliches Gesetz meine ganze Familie zum Hunger. Meine Frau schreibt, daß sie in ihr Heimatdorf zurückgehen wird, da es keine Existenzchance für sie gibt. Sie versteckt sich hinter ihrem Geburtsnamen, denn sie ist auch in Gefahr.

Student:

Die Arbeiterviertel Toskoparan, Zeytinburnu, Merter, Güngören, Silahtar, Eyüp, Sanayi-Mahalleleri in Istanbul wurden von den Militärs mit Panzern überfallen. Mehrere hunderte Arbeiter, Frauen und Jugendliche wurden in die Folterzellen geschleppt. Ich habe dies mit eigenen Augen erlebt. Die Willkürmaßnahmen der Militärs waren auf den Straßen zu beobachten.

Eine Verwandte von mir, die an der Uni Istanbul studiert, wurde von den Militärbehörden der Junta festgenommen. Sie war im dritten Monat schwanger. Aufgrund der Folterungen erlitt sie eine Fehlgeburt. Man fand sie schwerverletzt, blutend auf Schneemassen in einem Vorort.

Mahnung an alle Demokraten

Es ist ein Jahr vergangen, seit der engagierte Gewerkschaftler und Lehrer Celalettin Kesim von Faschisten und religiösen Fanatikern heimtückisch ermordet wurde. Rufen wir uns den blutigen Angriff vom 5.1.80 noch einmal in Erinnerung: Etwa 70-80 Faschisten und religiöse Fanatiker überfielen, zum Teil aus der Mevlana-Moschee herausstürmend, Arbeiter und Studenten, die am Kottbusser Tor Flugblätter gegen die geplante Militärherrschaft in der Türkei verteilten. Schwer verwundet durch mehrere Messerstiche starb Celalettin in den Armen seiner Freunde, die ihn bis zur Kottbusser Brücke getragen hatten.

Dieser feige Mord war sicherlich nicht zufällig. Kesim's unermüdliche Tätigkeit auf sozialem und politischem Gebiet hatte ihn schon seit Jahren zur Zielscheibe der „Grauen Wölfe“ gemacht. Erst eine Woche vor seiner Ermordung forderte er im Rahmen eines Vortrages im Türkenzentrum das Verbot aller faschistischen Organisationen sowie die Unterbindung ihrer Aktivitäten.

Auf der Trauerfeier am 12.1.1980 hatten mehr als 4.000 Demokraten C. Kesim die letzte Ehre erwiesen. Sevim Kesim, die Ehefrau des Ermordeten, stellte den verantwortlichen Behörden in ihrer Rede die Frage: „Warum werden diese Mörder-Organisationen immer noch geduldet? Wieviele Mütter müssen noch von dem Schmerz betroffen werden, den ich empfinde?“

Auf der anschließenden Demonstration mit einer Kundgebung am Kottbusser Tor, dem Ort, wo C. Kesim ermordet wurde, bekundeten 15.000 Teilnehmer, daß die demokratischen Kräfte in Westberlin nicht gewillt sind, die mörderischen Umtriebe der Faschisten widerstandslos hinzunehmen.

Untätigkeit und Verharmlosung

Wer gedacht oder gehofft hatte, daß nach dem Mord die unkonsequente und verharmlosende Haltung der politischen Instanzen gegenüber den faschistischen Aktivitäten sich ändern würde, sah sich getäuscht. Der Mord wurde systematisch heruntergespielt. Senatssprecher Hermann Meyn erklärte: „Es ist völlig unerträglich, daß extremistische terroristische Organisationen ihre Auseinandersetzungen in dieser Form auf Berliner Boden austragen.

Dagegen muß mit aller Schärfe vorgegangen werden.“ Durch solche und ähnliche Erklärungen wurden die Mörder und der Ermordete, die Schläger und die Geschlagenen in einen Topf geworfen. Der stellvertretende Leiter des Berliner Staatsschutzes Ganschow erklärte gegenüber der Presse: „Wir wehren uns dagegen, als Polizei in politische Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Wir sehen seit langem mit Sorge dieser Entwicklung entgegen. Aber wir können und wollen die politische Artikulation nicht verbieten.“ Auch nach einem Jahr muß die Frage erneut gestellt werden, ob die zuständigen Behörden die Ermordung eines Menschen als politische Artikulation auffassen? Polizeipräsident Hübner ging noch weiter. Im Tagespiegel war die folgende Äußerung von ihm zu lesen: „Vermehrte Straftaten der Rechtsextremen seien ‚einfach naturgesetzlich nicht anders zu beurteilen als das gar nicht auszuschließende Echo auf die Übeltaten der Vettern aus der linksextremistischen Szene‘“.

treffen von Türke mit F.J. Strauss bei seinem BRD-Besuch im Jahre 1978, die erwiesenen Kontakte der Grauen Wölfe zur NPD und die Tatsache, daß bei der Türke-Veranstaltung in der „Neuen Welt“ zwei CDU-Abgeordnete als Gäste dabei waren, können in diesem Zusammenhang nicht übergangen werden. Wenn dazu noch die unschlüssige und verharmlosende Haltung der verantwortlichen Behörden berücksichtigt wird, ist es leicht zu verstehen warum sich die Faschisten und die religiösen Fanatiker zunehmend sicherer fühlten.

Weiterhin Übergriffe von Faschisten

Eine Woche nach dem Mord wurde das Vereinslokal des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins überfallen. Die unmittelbare Bedrohung nahm solche Ausmaße an, daß die Mitglieder des Arbeitervereins und Verteiler der Arbeiterzeitung „Kurtulus“ auf offener Straße fotografiert wurden. Auch tät-



Antifaschistische Demonstranten am Jahrestag der Ermordung C. Kesims

Gegen diese Politik wandte sich die IG-Metall in Berlin: „Einschätzungen der zuständigen Behörden gehen nach Meinung der IG-Metall nicht erst seit Ermordung unseres Kollegen an den unbestreitbaren Realitäten vorbei. Sie könnten eher dazu beitragen, die türkischen faschistischen Organisationen zu neuen Taten zu ermutigen und die bestehende Gefahr weiter zu vergrößern.“ (Pressedienst der IG-Metall vom 7.1.80)

Auch in der Folgezeit änderte sich an der Haltung der zuständigen Behörden nichts wesentliches. Das Zusammen-

liche Angriffe ließen nicht lange auf sich warten. Die verharmlosende Politik des Senats ermutigte die Faschisten zu neuen Gewalttaten. Bülent G., Mitglied des Demokratischen Arbeitervereins und einer der Schwerverletzten beim Angriff der Faschisten am 5.1.80, wurde am 26.3.80 und ein weiteres Mal am 18.6.80 in der U-Bahn überfallen und zusammengeschlagen. (In beiden Fällen gelang es den Angreifern zu entkommen).

Doch nichts geschah. Im Gegenteil. Während die Mevlana-Moschee ungehindert ihren hetzerischen Aktivitäten

nachgehen durfte, setzte der Senat die fortschrittlichen Organisationen unter Druck. Der Türkische Demokratische Arbeiterverein wurde aufgefordert seine Mitgliederliste offenzulegen. Diese repressive Maßnahme löste heftige Proteste aus. In einer diesbezüglichen Presseerklärung des Arbeitskreises gegen „Graue Wölfe“ hieß es: „Selbst nach dem Mord hat sich die Haltung des Senats nicht geändert; anstatt nur gegen die Mörder vorzugehen, werden Täter und Opfer in einen Topf geworfen. Jüngstes Beispiel dafür ist die Aufforderung des Staatsschutzes an politisch tätige Ausländervereine, ihre Mitgliederlisten offenzulegen. Davon werden in erster Linie Mitglieder demokratischer Organisationen betroffen. Sie müssen fürchten, daß ihnen eine Ausweisung drohen könnte und daß ihre Namen außerdem dem türkischen Geheimdienst weitergeleitet werden könnten . . .“ Alle Proteste nutzten nichts. Schließlich wurde der Türkische Demokratische Arbeiterverein gezwungen 1000,- DM Geldstrafe zu zahlen und seine Mitgliederliste beim Staatsschutz einzureichen. Die demokratische Öffentlichkeit in Westberlin ließ den Demokratischen Arbeiterverein nicht auf sich allein gestellt und erwies ein weiteres Mal ihre Solidarität. Sowohl mit finanzieller als auch mit moralischer Unterstützung stand sie ihm zur Seite.

Urteil gegen Kesim's Mörder: Ein Justizskandal

Nach einem über zwei Monate geführten Prozess um die Ermordung von C. Kesim verkündete das Kriminalgericht Moabit am 15.12.1980 sein Urteil: Freispruch für den Angeklagten Ali Bahtiyar und eine vierjährige Haftstrafe für Abdul Vahap Saticioğlu. Bezeichnend für das Zustandekommen dieses Urteils ist, daß die Strafe gegen

Saticioğlu lediglich wegen Landfriedensbruch und Beteiligung an einer Schlägerei mit tödlichem Ausgang verhängt wurde. Den drei Augenzeugen, die die bestialische Tat unmittelbar miterlebt und die Tatwaffe in den Händen der Mörder gesehen hatten, wollte das Gericht keinen Glauben schenken. Vielmehr begnügte es sich damit, den freigesprochenen Ali Bahtiyar als guten Mohammedaner und Familienvater zu bezeichnen. Kein Wort also vom geplanten Angriff, vom Mord- und Totschlag.

Das Schwurgericht billigte dem faschistischen Mörder gar Strafminderung zu, weil er, wie es in der Urteilsbegründung heißt, „nach seiner ganzen Ideenwelt an eine gute Sache geglaubt habe.“ Im Namen Allahs und mit dem Ruf „Tod den Kommunisten“ – so also darf gemordet werden?

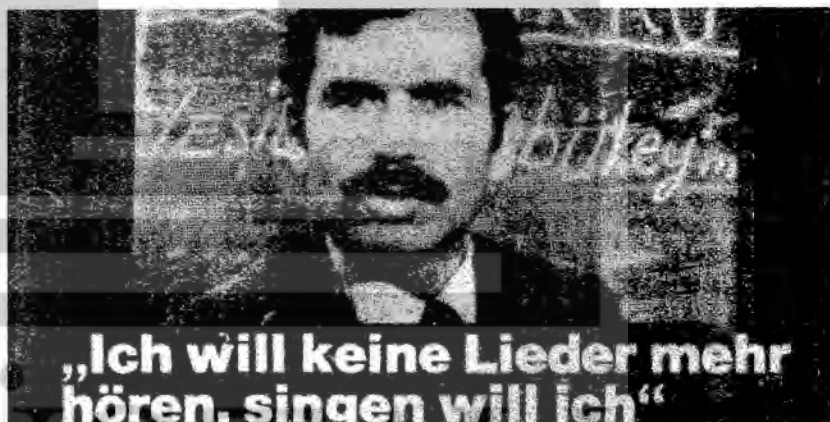
Daß dieses skandalöse Urteil nicht dazu führte, daß sich Entmutigung ausbreitet, bewiesen die Gedenkveranstaltungen am 5.1.81 und die Protestdemonstration am 10.1.81 zum Jahrestag der Ermordung von C. Kesim. Tausende von Antifaschisten machten erneut deutlich, daß sie das Andenken an C. Kesim aktiv bewahren, daß sie

Zur Person

Seit 1973 arbeitete Celalettin Kesim bei der Firma Borsig als Dreher. Er war Vertrauensmann der IG-Metall. Im Dezember 1979 begann er, seinen eigentlichen Beruf als Berufsschullehrer in Neukölln auszuüben. Er hatte aktiv an der Gründung des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins. Er hinterließ eine im achten Monat schwangere Frau und einen Sohn. Sein zweiter Sohn Can Celalettin, der nach seiner Ermordung auf die Welt kam, ist inzwischen fast ein Jahr alt.

seinen Kampf für die Herstellung der Menschenrechte und für demokratische Verhältnisse in der Türkei weiterführen.

Es wichtiger denn je, daß sich alle Demokraten und Antifaschisten in der Bundesrepublik und in West-Berlin zusammenschließen gegen die faschistischen Aktivitäten und gegen die neonazistische Ausländerfeindlichkeit.



C. Kesim in „Türkische Künstler in Berlin“ von Montazami-Dabui und R. Dabui.

Sanierungsprogramm gescheitert

Fortsetzung v. S. 20

hatte sich gegen die Fortsetzung des IWF gewandt und die von T. Özal getroffenen Maßnahmen mit Hinweis auf ihre verheerenden Folgen für das Land öffentlich kritisiert.

Am 14.1.81 schrieb die Frankfurter Allgemeine anlässlich des Besuchs von Turgut Özal in Bonn: „Es ist bekannt, daß die türkischen Finanzschwierigkeiten trotz der Hilfsaktion eher größer als kleiner geworden sind“. Fügen wir hinzu: Sie sind größer geworden und sie werden weiter wachsen, solange der IWF die Wirtschaftspolitik in unserem Lande diktiert. Diese Tatsache sollten sich die Bundestagsabgeordneten vor

Augen halten, die in wenigen Monaten von der Bundesregierung erneut zur Verabschiedung eines Zusatzhaushaltes mit Hunderten von Millionen für die Junta in der Türkei aufgefordert werden sollen. Wie Turgut Özal am 16. Jan. in Bonn verlauten ließ, erwartet die Türkei in diesem Jahr eine Finanzhilfe von 1,5 Milliarden Dollar insgesamt. Die Erfahrungen seit dem 19. Juni 1980 haben bewiesen:

1. Die sogenannte „Türkei-Hilfe“ dient nicht zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung in unserem Land. Sie dient der Finanzierung einer Politik, die den Wünschen und Interessen der

Mehrheit diametral entgegengesetzt ist.

2. Selbst wenn man sich auf den antidemokratischen (und daher kurzfristigen) Standpunkt stellen sollte, daß die Mehrheit nicht wissen kann, was ihr am besten dient und daher „zu ihrem Glück gezwungen werden muß“, ist es inzwischen klar, daß das sogenannte Sanierungsprogramm ihre unmittelbarsten Ziele verfehlt hat.
3. Das Festhalten an dem sogenannten Sanierungsprogramm wird die türkische Wirtschaft keinesfalls sanieren, sondern als „Faß ohne Boden“ verewigen und Jahr für Jahr steigende Wirtschaftshilfe erforderlich machen.

Jetzt gemeinsam für gleiche Rechte!

Nach der Ankündigung der Aktionswoche auf einer Pressekonferenz am 9. Dezember 1980 in Bonn, begannen die Kollegen in den einzelnen örtlichen Arbeiter- und Jugendvereinigungen der FIDEF gemeinsam mit Kollegen anderer Nationalitäten wie Griechen, Spaniern, Portugiesen, Marokkanern, Tunesiern, Italienern und Iranern bundesweit Verbindungen zu Politikern, Behörden, Kirchenvertretern, Bürgermeistern, Wohlfahrtsverbänden und demokratischen Organisationen aufzunehmen.

Anklang bei Bevölkerung

Die einwöchigen Aktivitäten während der „Woche der Freundschaft“ fanden bei der Bevölkerung einen großen Anklang. Dies war auch bei den Pressemeldungen zu beobachten.

Am 8. Januar 1981 schrieb R. Taudien in seinem Artikel „Eine Offensive des Lächelns ging durchs Land“ in der DVZ folgende Sätze: An der Schwelle des dritten Jahrzehnts ihres Hierseins sind die Menschen, die die Werber der Wirtschaft als Arbeitsmaschinen einst hierher geholt haben, zum erstenmal von sich aus an uns herangetreten: In Freundschaft und mit der Bitte, diese zu erwidern. Wir sind überrascht, freudig berührt. Wir danken!“

Der Erfolg der Woche konnte Dank dem sofortigen Einsatz und solidarisches Engagement aller ausländischen



Kollegen und der unverzichtbaren Unterstützung der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik erzielt werden. Die demokratische Presse und die Fernsehanstalten trugen durch ihre dauerhafte Berichterstattung dazu bei. Während der Woche wurden 40 000 zentral und 120 000 örtlich vorbereitete Flugblätter verteilt. Außer 6000 Plakaten wurden auch von den örtlichen Vereinen hergestellte Plakate von den Arbeitsräumen der Bürgermeister bis in die Wartehallen der Bahnhöfe

ausgehängt. Die Verkleinerung der Plakatgrafik in Form von Taschenkalendern, Einladungskarten und Postkarten wurde in hoher Auflage verbreitet.

Türkischer Raki und marokkanischer Tee

In 42 Städten wurden in Fußgängerzonen Informationsstände errichtet, an denen mehrere Nationalitäten anwesend waren. Während zu diesen Ständen (Manche dauerten 3 Tage) Informationsgespräche geführt wurden, fanden gleichzeitig Platzkonzerte der ausländischen Musikgruppen, Folklore-tänze statt. Ausländische Spezialitäten wurden den Standbesuchern angeboten. Türkischer Raki, marokkanischer Tee halfen den Anwesenden die Kälte der Tage zu bekämpfen.

Die Presse verfolgte mit Aufmerksamkeit, als die Teilnehmer der Woche Wandschmierereien wie „Kanacken Raus“ mit Plakaten überklebten. In Düsseldorf z.B. verfilmte die ARD diese Plakatierungsaktion. Die erste der darauf folgenden Veranstaltungen der „Woche der Freundschaft — Gegen die Ausländerfeindlichkeit“ fand in Bremerhafen statt.

Einladungen zur anatolischen Hochzeit

Die Hochzeit zweier Paare aus der Türkei verwandelte sich zu einem Freundschaftsabend, der von der großen Zahl der Besucher überrascht wur-



de. Wegen Überfüllung des Saales mußten viele Gäste sich damit begnügen, auf der Straße zu tanzen. In Bremerhafen folgten insgesamt 34 Veranstaltungen in Form von Hochzeiten, Freundschaftsabende und Feiern an verschiedenen Orten. Einige Abende wie in Weinheim wurden von mehreren Vereinen gemeinsam durchgeführt. An der Organisation des Freundschaftsabends in Weinheim beteiligten sich auch die Vereine in Mannheim und in Heidelberg.

Vielfältige Aktionen

Zu den Gästen dieser Veranstaltungen zählten Oberbürgermeister, Vertreter von Behörden und demokratischer Organisationen, Pfarrer, Landtagsabgeordnete, Ratsherren, Betriebsmänner, Vertrauensleute, Lehrer und Vertreter der örtlichen Presse.

In Hildesheim veranstaltete der FIDEF-Arbeiterverein einen internationalen Kulturabend und anschließend eine Podiumsdiskussion gemeinsam mit dem örtlichen DGB – Betriebsräte und Vertrauensleute sowie Vertreter von DGB-Gewerkschaften nahmen auch teil an zahlreichen Foren, wie in Berkamen und Gelsenkirchen.

In Lübeck und Duisburg fanden im Rahmen der Freundschaftswoche zwischen einheimischen und ausländischen Jugendlichen Fußball-Turniere statt.

In 14 Orten wurden außer den Freundschaftsveranstaltungen Kindergeburtstagsfeste, Handarbeits- und Fotoausstellungen organisiert.

Die Illustrationen des Grafikers Yunus Saltuk zu dem Buch „Aubergine“ von dem die „Türkei-Informationen“ in den nächsten Ausgaben ausführlicher berichten wird, erweckte großes Interesse der Ausstellungsbesucher in Frankfurt.



Informationsstände: Viele Einheimische diskutieren mit

Die Mitglieder der FIDEF-Vereine in Wiesbaden, Mainz, Bad Kreuznach und Frankfurt besuchten im Zusammenhang mit der Aktionswoche Kranke und alte Menschen in verschiedenen Alten- und Krankenhäusern und brachten kleine Geschenke.

„Erzfeinde“ tanzen und singen gemeinsam

Die Woche der Freundschaft der FIDEF bot der Öffentlichkeit auch die Gelegenheit, die Solidarität und die Freundschaft zwischen den einzelnen

Nationalitäten zu beobachten. Die angeblichen „Erzfeinde“ Griechen und Türken organisierten Abende, verteilten Flugblätter, tanzten und sangen gemeinsam mit den Menschen aus verschiedensten Ländern.

Die Aufmerksamkeit, die die Öffentlichkeit für die „Woche der Freundschaft – gegen die Ausländerfeindlichkeit“ der FIDEF erbrachte, war gleichzeitig ein Beweis dafür, daß der größte Teil der Bevölkerung hierzulande die von den reaktionär-faschistischen Kreisen geschürte Ausländerfeindlichkeit ablehnt.



Mach mit: Folklore verbindet



Besuch in der Zeitungsredaktion: Arbeiterkinder aus der Türkei 25

Ursachen mit wirksamen Maßnahmen bekämpfen!

Nur, die Hoffnung der ausländischen Kollegen, von den Politikern dieses Landes ernstgenommen zu werden, die mit dieser Aktionswoche zur Sprache kam, darf nicht in Vergessenheit geraten. Es ist die Aufgabe aller Demokraten, die Ursachen der von reaktionären faschistischen Kreisen ausgehenden Ausländerfeindlichkeit mit wirksamen Maßnahmen zu bekämpfen.

Dazu gehören die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Vernichtung von Arbeitsplätzen, unter denen die ausländischen Arbeiter am meisten leiden, Verbesserung der Arbeits- und Wohnbedingungen der Ausländer, Gewährleistung des Rechtes auf Bildung und Ausbildung der ausländischen Jugendlichen, Anerkennung der Menschenrechte für Millionen ausländischer Mitbürger, frei und ohne jegliche Einschränkung darüber zu entscheiden, wo und wie lange sie bleiben



Anatolische Hochzeit

wollen, Abschaffung der diskriminierenden Paragraphen des Arbeitsförderungsgesetzes, die den freien Zugang zu vorhandenen Arbeitsplätzen unmöglich machen, Anerkennung des kommunalen Wahlrechts für ausländische Kollegen, damit sie selbst an dem politischen Geschehen in ihrem unmittelbaren Umfeld mitwirken können, Aufhebung des Visumzwanges, der den Familienangehörigen der Arbeiter aus der Türkei Schwierigkeiten aufbürdet und das grundsätzlich geschützte Recht auf Familienzusammenführung auf unerträgliche Weise aushöhlt.

Am hellichten Tag

Von Grauen Wölfen entführt



Enver Altayli, Europakoordinator der „Grauen Wölfe“, und Führer Türke: Gemeinsam in der Bundesrepublik

W.-M. Catenhusen, SPD-MdB aus Münster, forderte auf einer Pressekonferenz der FIDEF am 23.12.1980 in Bonn: „Diesen Machenschaften türkischer Terroristen muß endlich ein Ende bereitet werden!“ Rechtsanwalt Rolf Oetter aus Duisburg über den Entführungsfall: „Es muß sofort überprüft werden, inwieweit die Grauen Wölfe in der Bundesrepublik die Voraussetzungen einer kriminellen Vereinigung erfüllen!“

Am Freitag, dem 19.12.80 wurde im Düsseldorfer Raum ein junger türkischer Arbeiter am hellichten Tag auf offener Straße von Grauen Wölfen entführt. Drei Männer zwangen ihn mit Waffengewalt in einen weißen Ford-Granada einzusteigen. Im Wagenfond, zwischen zwei der Entführer sitzend, wurde der Kopf des Kollegen A. E. mit Gewalt nach unten gedrückt, so daß er nicht erkennen konnte, wohin er entführt wurde. Darüber hinaus wurde er während der ganzen Fahrt mit einer Pistole bedroht. Die Entführer brachten ihn zunächst in ein Waldstück und anschließend in eine Garage, die sich unter einem Haus befand, das offensichtlich den perfekt organisierten Faschisten als Unterschlupf diente.

Der Kollege A. E. wurde dort von seinen Entführern – die sich als „Idealisten“ zu erkennen gaben – etwa sieben Stunden festgehalten und „verhört“. Sie schlugen ihm ohne Unterbrechung ins Gesicht, auf den Leib

und schlugen ihn mit dem Kopf gegen die Wand. A. E. wurden zahlreiche Fotos von Versammlungen sowie türkischen Landsleuten vorgelegt, die mit einem Kreuz oder Kreis versehen waren und nach Angaben der Entführer „erledigt“ werden sollen. A. E. wurde immer wieder nach Aufenthaltsort und Personalien von Teilnehmern von Demonstrationen und Veranstaltungen mit antifaschistischen Charakter befragt. Der 20jährige A. E. beteuerte immer wieder, daß er mit politischen Organisationen nichts zu tun habe. Die Entführer merkten, daß A. E. nicht in der Lage war, die von ihnen geforderten Angaben zu machen. Sie sprachen massive Drohungen gegen A. E. und seine Familie aus, falls er den „Mund nicht halten sollte“. Er wisse ja schließlich, wie die MHP in der Türkei seit Jahren arbeite und was in Italien (gemeint war Bologna) und München passiert sei.

„Mach deinen Kindern keinen Ärger“

Nach mehreren Stunden stieß ein „Vorgesetzter“ der Entführer dazu und schlug ebenfalls auf A. E. mit den Worten ein: „Leg schon los und mach den Kindern keinen Ärger!“ Damit A. E. einsehen sollte, daß es keinen Zweck habe, zur Polizei zu gehen, legten die Entführer ihm dutzende von offensichtlich gefälschten Autokenn-

„Wenn unsereins ins Ausland geht, also mindestens um die Sprache dort würden wir uns bemühen; wenigstens die würden wir lernen.“

„Die meisten Ausländer, die wollen sich doch gar nicht hier einleben. Die wollen isoliert bleiben, unter sich. Das merkt man doch schon allein daran, daß sie nicht mal richtig Deutsch können, obwohl sie schon so lange hier leben.“

Solche oder ähnliche Aussagen zu den Sprachkenntnissen von Ausländern sind recht häufig von Einheimischen zu hören, die nicht mal als besonders ausländerfeindlich oder böswillig einzuschätzen sind, obwohl sie die Tatsachen sehr verzerrt oder schlicht falsch darstellen – zu Gunsten der Selbsteinschätzung: Die erste Äußerung ist z.B. widerlegbar. Es gibt Erfahrungen mit Deutschen, die in arabischen Ländern oft jahrelang gearbeitet haben, die aber kaum ein Wort arabisch in dieser Zeit gelernt haben. Oder Deutsche, die seit Kriegsende in Frankreich leben und heute noch nicht in der Lage sind, sich einigermaßen problemlos mit ihren französischen Nachbarn zu unterhalten.

Die Tatsache, daß auch Ausländer in der Bundesrepublik nach jahrelangem Aufenthalt nur unzureichend Deutsch gelernt haben, ist allerdings nicht von der Hand zu weisen: Nur wenige aus-

zeichnen vor. Danach führen die Entführer ihr unter Schockwirkung stehendes Opfer zu seinem Wohnort zurück und warfen es mit den drohenden Worten, daß er „dicht halten müsse, wenn ihm und seinen Familienangehörigen nichts passieren soll“, aus dem Wagen.

Beschämende Zurückhaltung der Polizei

Brutal zusammengeschlagen und in völlig verstörtem Zustand bei seiner Familie angekommen, konnte sich der entführte Kollege erst nach Stunden zur Polizei begeben, um den Fall anzuzeigen. Das Leben der vierköpfigen Familie ist seit diesem Vorfall nachhaltig gestört. Die zuständige Polizeidienststelle ist der Bitte nach wirksamem Schutz der um ihres und ihrer Kinder Leben bangenden Ehefrau mit den Worten begegnet, daß man schließlich nicht einen Polizeibeamten vor ihr Haus postieren könne. Die Politische Polizei in Düsseldorf riet der Familie „sich vor MHP-Leuten in Acht zu nehmen“ und gab zu bedenken, daß man die Gefahr einkalkulieren solle, die mit der Bekanntgabe des Falles verbunden wäre. Obwohl die Familie aufgrund der skandalösen Praxis der Sicherheitsbehörden

Keine Chance für die „erste Generation“:

Deutsch lernen – aber wie?



Zeichnung von Theo Scherling: „Feridun“ lernt Deutsch

ländische Arbeiter beherrschen die deutsche Sprache so, daß sie sich hier in allen Situationen sprachlich zurecht finden können, daß sie ihre Rechte wahrnehmen, Forderungen an die deutsche Öffentlichkeit richten; selbst mit ihren

eigenen Kindern haben sie teilweise Schwierigkeiten, sich zu verständigen, je stärker diese in die deutschsprachige Umgebung integriert sind. Kann man aber hieraus schon die Vermutung ableiten, wie es viele Einheimische tun,

gegenüber diesem Vorfall in der Tat damit rechnen muß, daß die offensichtlich perfekt organisierten und frei operierenden Grauen Wölfe unterdessen jederzeit wieder zuschlagen können, entschloß sie sich, alle gesetzlichen Schritte gegen die Grauen Wölfe einzuleiten, damit diesen Terrorakten endlich ein Riegel vorgeschoben wird. Dieser Entführungsfall zeigt, mit welcher Perfektion und mit welchen kriminellen Mitteln die Grauen Wölfe in der Bundesrepublik inzwischen arbeiten. Doch die Sicherheitsbehörden, die bei ihren Ermittlungen gegen demokratische Ausländerorganisationen nicht gerade zimperlich sind, legen eine merkwürdige und beschämende Zurückhaltung gegenüber den Terrorakten der Grauen Wölfe an den Tag.

● Am 23. August, so gab die Aachener Polizei bekannt, wurde in Aachen der 26-jährige türkische Arbeiter Kalip Salkan von unbekanntem Tätern mit 27 Messerstichen getötet, nachdem er auf einem Stuhl festgebunden und gefoltert worden war. Bis heute liegen keinerlei Mitteilungen der Polizei über die Mörder des jungen Arbeiters, der der maoistischen türkischen Organisation ATIF nahestand, vor.

● Am 26.11. wurde in Ulm Necati Uygur, Gründungsmitglied der MHP-Auslandsorganisation, in seinem Ex-

port-Import-Geschäft von einem unbekanntem Täter erschossen. Uygur erlag nach zwei Wochen seinen Verletzungen. Dieser Mord – so müssen wir annehmen – liefert offensichtlich den Anlaß, einen generalstabsmäßig durchorganisierten „Rachefeldzug“ der Grauen Wölfe einzuleiten, dessen Auftakt die o.g. Entführung zu sein scheint.

● Am 6. Oktober wurde in Ratingen bei Düsseldorf ein 14-jähriges türkisches Mädchen von zwei Grauen Wölfen so brutal zusammengeschlagen, daß es mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die beiden Schläger – mit dem Emblem der Grauen Wölfe am Jackett – waren zwei Tage zuvor bei dem Mädchen erschienen und hatten sich nach dem Aufenthalt des Schwagers erkundigt, sie wollen mit ihm abrechnen. Er solle zu einem bestimmten Treffpunkt kommen. Daraufhin ging der Schwager zur Polizei, wo er mit der Begründung abgewiesen wurde, es läge keine konkrete Bedrohung vor. Die Täter erschienen zwar nicht am angegebenen Treffpunkt, dafür jedoch erneut bei dem Mädchen. Als dieses keine Auskunft über den Verbleib des Schwagers machen konnte, wurde es mit einer Kette, einem Eisenrohr und mit Tritten in den Unterleib zusammengeschlagen.

daß die Ausländer sich nicht genügend bemühen, bemüht haben, die deutsche Sprache zu lernen?

Auf jeden Fall kann man in der BRD arbeiten, einkaufen, öffentliche Verkehrsmittel benutzen, ohne dafür gute Kenntnisse der deutschen Sprache zu benötigen: Ein paar Anweisungen im Arbeitsprozeß reichen aus, um vollwertig zu arbeiten, Selbstbedienung und Automationen machen ihrerseits Sprache überflüssig. Andererseits: ein gewisser Grad der Beherrschung von Sprache ist Voraussetzung, um alle Möglichkeiten wahrzunehmen, um sich in erster Linie auch zu informieren und die deutsche Öffentlichkeit über sich zu informieren, anstatt über sich informieren zu lassen.

Die Naturmethode hat versagt

Ein Angebot „Deutsch für ausländische Arbeiter“ (DfaA) wird in der Bundesrepublik in Fachkreisen seit Beginn der 70'er Jahre intensiv diskutiert. Auch vorher schon wurden Kurse angeboten, z.B. von der Volkshochschule und vom Goethe-Institut, die aber zunächst überhaupt nicht berücksichtigten, daß die Lerner in einer deutschsprachigen Umgebung lebten, daß die Lerner oft nur sehr geringe Schulerfahrungen aus ihren Heimatländern mitbrachten, daß sie ungeübt im Schreiben und Lesen waren, daß sie aufgrund ihrer beruflichen Arbeit – Schichtarbeit, körperlich besonders anstrengende Arbeit – und aufgrund ihrer besonders schlechten Reproduktionssituation – schlechte Wohnbedingungen, unvollständige Familien – häufig einfach zu müde waren, um noch abends lernen zu können.

Eine gewisse Vereinheitlichung von nicht kommerziellen Kursen fand mit der Gründung des Sprachverbands in Mainz im Mai 1974 statt: Wurden vorher Kurse für ausländische Arbeiter sehr unterschiedlicher Art in einzelnen Bundesländern gefördert – Mischfinanzierungen von Gemeinden, Sozialministerien und der Bundesanstalt für Arbeit waren dabei die Regel – erfolgte ab 1976 die Finanzierung von „Deutschkursen für ausländische Arbeitnehmer und ihre Angehörigen“ zentral und einheitlich durch den Sprachverband.

Just in die Zeit der Gründung des Sprachverbands fiel auch die erste Diskussion um die Erstellung eines „Sprachenscheins“ als Nachweis für Deutschkenntnisse; angestrebt wurde eine bundesweite einheitliche Verwendung. In

Voraussetzungen einen solchen Schein – ein flächendeckendes qualifiziertes Angebot an Deutschunterricht – fehlt. Trotzdem sollte der Sprachverband zunächst ein „verwaltungstechnisch einfaches Verfahren“ erstellen, das ermöglicht, „ausreichende Sprachkenntnisse“ nachzuweisen. Die Mitgliederversammlung lehnte 1978 zwar die Erstellung eines solchen Tests ab, fast gleichzeitig aber – am 1. Oktober 1978 – trat eine Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Ausländergesetzes (VwvAusG) in Kraft, die u.a. sprachliche Fertigkeiten bei der sog. Verfestigung des Aufenthaltsrechtlichen Stauts verlangte: „Sich auf einfache Art in deutscher Sprache verständlich machen“ muß der Ausländer, der eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis will; will er eine Aufenthaltberechtigung, muß er gar „über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen“. Die Ausschmückung dieser Aussagen in den einzelnen Bundesländern ist äußerst unterschiedlich; letztlich wird dem einzelnen Ausländerbeamten die Beurteilung überlassen, was „ausreichende“ Sprachkenntnisse sind.

Sprachverband und Sprachenschein

Doch zurück zu den Deutschkursen, die der Sprachverband bei Einhaltung der Förderrichtlinien finanziert (Die Richtlinien können beim Sprachverband, Raimundstr. 2, 65 Mainz, angefordert werden): 1979 waren es 1.560 Kurse (Ein Kurs dauert ca. 60-80 Stunden). Diese Zahl wurde 1980 gesteigert, insbesondere durch die Einführung von Intensivkursen, die eine weit höhere Stundenzahl umfassen. Eine weitere Steigerung wurde in diesem Haushaltsjahr 1981 angestrebt, allerdings wurde nur die Zahl der in Aussicht gestellten Intensivkurse erhöht; interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß in den Intensivkursen hauptsächlich Jugendliche Teilnehmer anzutreffen sind: Teilweise werden die Intensivkurse als Vorbereitungskurse für MBSE (Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und zur sozialen Eingliederung ausländischer Jugendlicher) angeboten – ein weiterer Hinweis übrigens für den Ausbau des „Sonderschulwesens“ für jugendliche Ausländer.

1.600 Kurse, d.h. ca. 16.000 Teilnehmer an Kursen in einem Jahr. Wer nun die Praxis in Volkshochschulen kennt, der weiß, das unter den Teilnehmern hauptsächlich keine Arbeiter zu finden sind.

Die Anträge auf Förderung von Sprachkursen für das neue Jahr sind noch nicht genehmigt – es wird aber verlautet, daß die Zahl der Anträge etwa

doppelt so hoch ist, wie der Finanzierungsrahmen zuläßt. Ob die Entscheidungen zu Gunsten der Ausländer-Selbstorganisationen ausfällt, muß allerdings schon jetzt arg bezweifelt werden: Im Sprachverband sind diese Organisationen weder als Mitglieder, geschweige denn im Vorstand vertreten. Großabnehmer waren bisher denn auch vor allem die Volkshochschulen und die Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk); nur vereinzelt wurden auch Kurse in Ausländervereinen gefördert.

Was das Erreichen der Zielgruppe „ausländische Arbeiter“ für die Kurse angeht, so wurde schon erwähnt, daß die ausländischen Arbeitervereine, die wohl über die besten Möglichkeiten verfügen, Arbeiter ihrer Nationalitäten anzusprechen, am wenigsten über Finanzierungsmöglichkeiten informiert sind. Umgekehrt bemühen sich die großen Organisationen, die Kurse durchführen, oft nicht oder falsch, ihre Zielgruppen anzusprechen, ihnen überhaupt ein Kursangebot bekannt zu machen.

Die Eltern werden abgeschrieben

Letzlich kommt man um die Einschätzung nicht herum, daß der Zweitspracherwerb der Initiative der einzelnen Ausländer überlassen bleibt. Daß und wie es auch anders geht, hat Schweden bewiesen: 1971 wurde ein Gesetz über Schwedischunterricht während der bezahlten Arbeitszeit verabschiedet: Jeder ausländische Arbeiter, der die schwedische Sprache nicht beherrscht, hat Anspruch auf 240 Stunden Unterricht. Die Teilnehmerzahlen in Kursen dort sind entsprechend.

In der Bundesrepublik vollzieht sich inzwischen offensichtlich ein Wandel zurück: Allenthalben wird die Problematik der 2. und 3. Ausländergeneration betont und soll aufgegriffen werden: War dies schon die recht deutliche Tendenz im Kühn-Papier, so bestätigte diese Präferenz erst neuerlich auch die seit dem neuen Jahr amtierende Bundesbeauftragte für Ausländer, Lieselotte Funcke.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Daß die Problematik der Kinder und der Jugendlichen ausländischer Arbeiter dringend gelöst werden muß, darüber besteht kein Zweifel. Man sollte sich allerdings davor hüten, zu glauben, daß eine solche Lösung ohne die Einbeziehung der Eltern oder gar gegen sie möglich ist. Auch aus diesen Gründen kann es nur der Sache förderlich sein, wenn die Elterngeneration nicht abgeschrieben wird, und dazu gehört in einer deutschsprachigen Umgebung, daß man ihnen Möglichkeiten eröffnet, die deutsche Sprache zu lernen. ■

Unterstützt die Krefelder Initiative gegen den Atomtod!

FIDEF-Bundesvorstand beschloß einstimmig die Unterstützung der Krefelder-Initiative und ihre Unterschriftensammlung.

Der Vorstand der Föderation der Arbeitervereine der Türkei (FIDEF) hat auf seiner ersten Tagung im neuen Jahr den Beschluß gefaßt, den „Krefelder Appell“ zu unterstützen. Mit diesem Appell, der von Persönlichkeiten der Friedensbewegung der Bundesrepublik initiiert wurde, wird die Bundesregierung

aufgefordert, ihre Zustimmung zur Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen zurückzuziehen. FIDEF ruft alle türkischen und kurdischen Arbeiter in der Bundesrepublik auf, sich an der Sammlung von Unterschriften unter den „Krefelder Appell“ zu beteiligen. Die Organisation wird dazu eigene Unterschriftenlisten in türkischer und kurdischer Sprache in Umlauf setzen.

FIDEF – Bundesvorstand

an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrennens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt – Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung – die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert. ■

Krefelder Erklärung:

Immer offensichtlicher erweist sich der „Nachrüstungsbeschluß“ der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht ak-

zeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellierten daher gemeinsam

Gleichschritt nebeneinander aufstellen. Mit einem Kommando beginnt der Namensappell. Dann wird gemeinsam die Eidesformel ausgesprochen: „Ich bin Türke, ich bin gerecht und fleißig...“

Im Anschluß an den Abendappell wird dann gemeinsam die Nationalhymne gesungen...

Im „theoretischen Unterricht“ liest zunächst der Traktälteste allen Mithäftlingen seiner Gemeinschaftszelle laut und schreiend aus dem Atatürk-Buch vor. Alle Anwesenden müssen ihm aufmerksam zuhören. In manchen Unterrichtsstunden liest jeder sein Atatürk-Buch und lernt es auswendig. Dieses Programm wird in der Strafanstalt bis zum Abend durchgeführt. Außer den 10-minütigen Pausen zwischen den Unterrichtsblöcken und der einmaligen „Belüftungspause“ werden die In-

haftierten dieser ständigen Ausbildung unterworfen...

„Die Besuchsstunden sind aufgrund des außerordentlichen Anstiegs der Inhaftiertenzahl auf 5 Minuten pro Häftling in der Woche herabgesetzt. Nach Bestimmungen der Paragraphen 46-51 der Verordnung für Militärstrafanstalten werden nur Besuche von Verwandten bis zum dritten Grad mit gleichlautenden Familiennamen zugelassen. Wiederum gemäß Bestimmungen dieser Verordnung werden die Besprechungen auf türkisch und laut vernehmbar geführt... Auch die Unterredungen mit Anwälten sind auf 15 Minuten beschränkt. Ein Anwalt kann an einem Tag nur mit drei Mandanten aus einem Zellentrakt sprechen, vorausgesetzt, dieser hat keinen Besuchstag.“

Milliyet, 10. Dez. 1980

Bericht aus Mamak: Wie Kriegsverbrecher im Straflager

Fortsetzung v. S. 12

Außerdem o. g. Buch werden einige Bücher über Atatürk zugelassen, wenn sie von der Anstaltsleitung nicht beanstandet werden. Auch das Buch „Die große Rede“ Atatürks ist zur Lektüre freigegeben. Aber außer diesen beiden Büchern ist es strikt verboten, ein anderes Buch einzuführen bzw. zu lesen.“ (Milliyet, 9.12.1980)

„Der Tagesablauf in Mamak besteht in der Regel aus Rekrutenausbildung und dem Studium des Atatürkismus. Nach dem Frühstück beginnt um 9 Uhr der „praktische Unterricht. Dann folgt der Morgenappell: Dieser findet auf dem Gang statt, wo sich die Häftlinge im

Zum Geburtstag Nazim Hikmet's am 20. Januar:

Der größte Schmied unserer Sprache



Zeichnung: Yunus Saltuk

In 1961, zwei Jahre vor seinem Tod, schrieb Nazim Hikmet im Exil ein autobiographisches Gedicht und sagte: ... „Was ich geschrieben habe, wird in dreißig, vierzig Sprachen gedruckt. In meinem Land, in meiner Sprache ist es verboten“

Zu seinen Lebzeiten war Nazim Hikmet Zielscheibe der Herrschenden in der Türkei. Siebzehn Jahre lang wurde er eingekerkert. Sein Name war tabu. Nicht ohne Grund: Er war Mitglied der Kommunistischen Partei der Türkei; dieser und deren ermordeten Begründern widmete er mehrere seiner berühmtesten Gedichte. Er war zugleich „der größte Schmied unserer Sprache“, wie ihn einer der bekanntesten Maler der Türkei, Bedri Rahmi Eyüboğlu, in einem Hikmet gewidmeten Gedicht bezeichnete.

30 Für die Herrschenden in der Türkei war

und ist immer noch diese Verschmelzung in einer Person von aktivster Parteinahme für eine bessere Welt und künstlerischer Genie zu gefährlich. So sagt General Kenan Evren, „Staatspräsident“ der Junta, am 19.11.1980 in Corlu, fast zwanzig Jahre nach dem Tod des Dichters:

„In den Amtsgebäuden einiger Provinzen hängen Bilder und Gedichte von Nazim Hikmet an den Wänden Diese werden wir schließen. Wir werden euch dieses Land wieder sauber wie in Atatürks Zeiten übergeben. Durch Toleranz sind wir in diese Situation geraten.“

Nazim Hikmet und seine Gedichte werden also von der Junta als Schmutz an der Wand betrachtet, der jetzt weggeputzt werden soll. Nazim Hikmet hat schon vor zwanzig Jahren auf General Kenan Evren und seinesgleichen geant-

wortet. In seinem Gedicht „Landesverräter“, das er im Exil anlässlich eines türkischen Zeitungsberichtes mit dem Titel „Nazim Hikmet setzt seine landesverräterischen Tätigkeiten fort!“ schrieb, sagte er:

Ja, ich bin Landesverräter, ihr seid Patrioten, ihr seid Vaterlandsliebende. Ich bin Landesverräter, ich bin Landesverräter.
Wenn Vaterland eure Landgüter ist,
Wenn Vaterland das ist, was in euren Geldschränken und Scheckheften sich befindet,
Wenn Vaterland das Krepieren vor Hunger am Straßenrand bedeutet,
Wenn Vaterland in der Kälte hundeelend zittern heißt,
und im Sommer mit Malaria sich winden,
Wenn das Saugen von unserem roten Blut in euren Fabriken Vaterland ist,
Wenn Vaterland die Fingernägel eurer Großgrundbesitzer ist,
Wenn Vaterland der Katechismus ist, wenn Vaterland Polizeiknüppel ist, Eure Diäten, eure Gehälter Vaterland ist,
Wenn Vaterland amerikanische Stützpunkte, amerikanische Bomben, amerikanische Flotte und Kanonen ist,
Wenn Vaterland heißt, sich nie befreien können von eurer verwesten Finsternis, Dann bin ich ein Landesverräter.
Schreib drei Spalten breit, mit pechschwarzen schreienden Buchstaben:
Nazim Hikmet setzt noch immer seine landesverräterischen Tätigkeiten fort!

In einem seiner Briefe aus dem Gefängnis von Bursa an seinen Adoptivsohn Memet schrieb er:

„Also mein Sohn, Du sagst mir, ich sei ein großer Dichter. Nun, mein Sohn, es gefällt mir sehr, von Dir als ein großer Dichter betrachtet zu werden. Aber was kann ich tun, ich weiß, daß ich nicht so ein großer Dichter bin, wie Du Dir das denkst, sondern daß ich ein ehrlicher, ein bedingungslos ehrlicher Dichter bin, und ich glaube, daß es schwieriger ist, ein ehrlicher Dichter zu sein als ein großer Dichter.“

Ausstellungen

HANEFI YETER, „Ein türkischer Maler in Berlin“, so wurde auch seine Ausstellung genannt, stellt bis 31. Januar im Künstlerhaus Bethanien seine Gemälde aus. Bei der Eröffnung am 18. Dezember sprachen J.v. Uslar und Mehmet Cakir; Ilse Scheer las Gedichte von Nazim Hikmet. Sümeyra und der Türkische Arbeiterchor gaben ein kleines Konzert.

Zusammen mit der Ausstellung von Yeter finden Werkstattaufführungen der Theatermanufaktur (Brechts „Die Mutter“) statt.

H. AYDIN KARAHASAN, Kunstzieher und engagierter Gewerkschaftler, nennt seine Ausstellung „Durch die Bilder Kommunikation fördern“, die vom 12. bis 23. Januar im Gewerkschaftshaus Frankfurt (Wilh.-Leuschner-Str. 69-77) stattfindet. In der Einladung zur Ausstellung heißt es u.a.: „Es ist, von den meisten Deutschen unbemerkt, eine neue, eigenständige Kultur entstanden . . . Der Deutsche Gewerkschaftsbund präsentiert deshalb in unregelmäßigen Abständen Werke ausländischer Künstler, die in der Bundesrepublik leben

und arbeiten. Wir wollen den Besuchern mit diesen Ausstellungen einen Einblick in die Kultur engagierter Völker vermitteln. Von Völkern, mit denen wir Tür an Tür leben, denen wir täglich am Arbeitsplatz begegnen.“

SAN-DER, Türkischer Künstlerverein in Nordrhein-Westfalen, legte zu einer Gemeinschaftsausstellung seiner Mitglieder vom 14.-22. Dezember in Hamm gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt einen Katalog vor. Mit dieser Ausstellung wolle die Arbeiterwohlfahrt Hamm, so die Einleitung, den Versuch unternehmen, „kreative ausländische Künstler mit ihren Werken an Gemälden, Skulpturen, Karikaturen und Fotografien der Bevölkerung vorzustellen.“

MEHMET ÜNAL, Sozialbetreuer und SAN-DER-Mitglied, stellt vom 17. bis 31. Januar im VHS-Forum, Bochum, seine Fotos aus, die meist zu alltäglichen Problemen der Ausländer in der Bundesrepublik Stellung beziehen. Titel: „Du weißt nicht, wie es ist, überall ein Fremder zu sein!“

Inzwischen steht fest, was Nazim Hikmet damals in seiner Bescheidenheit ablehnte: er ist der größte türkische Dichter des 20. Jahrhunderts. Darin behielt er aber recht: seine Größe basiert nicht nur auf seinem künstlerischen Genie, sondern auf seiner moralischen Integrität, seiner Ehrlichkeit als Mensch.

Was er unter einem „ehrlichen Dichter“ versteht? Kein Thema, von den schwierigsten, politischen Problemen bis zu den intimsten Liebesgefühlen hat ihn erschreckt. Aber er hat diese Themen durch seine moralische Integrität so geformt, daß sie immer in dem richtigen Licht erschienen. Das heißt, daß trotz seiner Offenheit seine Feinde nicht die geringste Chance hätten, aus dem, was er geschrieben hat, Kapital zu schlagen. Diese moralische Integrität ist die Grundlage seiner Größe als Mensch und Dichter.

Im Gefängnis von Bursa hat er Textilien entworfen und gewebt, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen. So sollte man auch seine geistige Arbeit betrachten: als ein Gewebe, worin man eine Vielfalt von Farben findet, die sich aber trotzdem zu einem Ganzen zusammenschließen. Wem es nicht gelingt, das Ganze zu erfassen, und wer nur

einzelne Aspekte betrachtet, dem wird auch der Sinn seines Werkes und seines Lebens entgehen.

Das breite Spektrum seiner Thematik, die er durch seine Integrität durchdringen und einigen konnte, ist ein Vorbild für junge fortschrittliche Dichter in der Türkei. So sagt Yasar Mirac, der für seinen Gedichtband „Der junge Mann aus Trabzon“ den diesjährigen Preis für Lyrik der von Atatürk ins Leben gerufenen Türkischen Sprachgesellschaft (Türk Dil Kurumu) bekam, in einem Zeitungsinterview:

„Ein Sozialist sein muß heißen: das Verständnis und die Fähigkeit dazu haben, sich den Problemen der Einzelnen und den innigsten Einzelheiten des menschlichen Lebens ohne Angst zu nähern. Der Sozialist unserer Zeit muß so sein. Die sozialistische, realistische Poesie ist eine freie Poesie, die offen ist alle Themen und Formen, von dem politischen Marschlied bis zu der Besingung der Natur, von dem Liebesgedicht bis zu dem Klagelied. Das hat uns unser Meister Nazim in seiner reifsten Periode von zwanzig Jahren gezeigt.“ (Cumhyriet, 14. Okt. 1980)

Die Monumentalität von Nazim Hikmet zwingt General Evren in eine widersprüchliche Situation: auf der einen



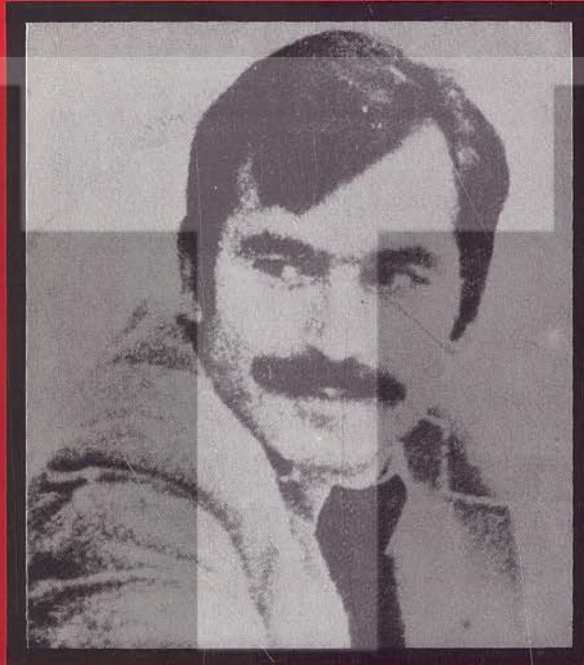
YUNUS SALTUK, Buchillustrator und Graphiker, stellt Anfang Dezember in einer Ausstellung in Frankfurt einige seiner Illustrationen vor. Seine charakteristische Technik hängt mit der widrigen Situation der Druckindustrie in der Türkei zusammen. Da alle wichtigen Vorprodukte importiert werden müssen, bedeuten Illustrationen, die eine Rasterung erforderlich machen, eine erhebliche Zunahme der Druckkosten. Das bedeutet: Keine Farbdrucke und keine Zeichnungen mit Grautönen, wenn die Bücher noch erschwinglich bleiben sollen. Saltuk versucht mit seiner Technik diesen engen Rahmen zu sprengen.

Seite äußert er sich öffentlich gegen Nazim Hikmet und droht, gegen seine Popularität vorzugehen. Auf der anderen Seite schickt er eine Grußadresse anlässlich der Preisverleihung der Türkischen Sprachgesellschaft, wo ein junger Dichter Preisträger ist, der Nazim Hikmet als seinen vorbildlichen Meister betrachtet.

Es ist schwierig, einem deutschen Publikum Nazim Hikmet in seiner vollen Größe vorzustellen, denn die türkische Sprache ist untrennbar von seinem Werk wie der Marmor von einer Plastik. So ist jede Übersetzung eine schlechte Kopie. Wie soll man eine selbst so kurze Zeile wie „bıner bıner ve hep beraber“, in der nicht nur der Inhalt wichtig ist, sondern auch Harmonie und Rhythmus der Sprache voll zur Geltung kommt, übersetzen „einzeln und gemeinsam“?

Versuchen wir aber trotzdem mit einem Gedicht an ihn zu denken, anlässlich seines Geburtstages am 20. Januar:

Die eine Hälfte eines Apfels sind wir
die andere ist diese große Welt.
Die eine Hälfte eines Apfels sind wir
die andere sind unsere Menschen.
Die eine Hälfte des Apfels bist du
die andere bin ich
wir beide. . .



CELALETTIN KESIM
(1943 —)

Am 5.1.1980 von Faschisten
und religiösen Fanatikern in
West-Berlin ermordet.

Sein Andenken wird bewahrt,
Sein Kampf wird weiter geführt.

TÜSTAV